



1-2/2025

64. JAHRGANG

# MAGAZIN

Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.

## Herausforderungen 2025

- dbb Jahrestagung
- Informationsveranstaltung des Inspektors Cyber- und Informationsraum





## EDITORIAL

*Liebe Kolleginnen,  
Liebe Kollegen,*

### was bringt uns das neue Jahr 2025?



Jede neue Bundesregierung hat die Chance, direkt nach der Wahl die brennenden Themen beherzt anzugehen – die Wählergunst muss ja erst vier Jahre später wiedergewonnen werden. Aber wäre es nicht wünschenswert, wenn sich die demokratischen politischen Parteien der Mitte in essenziellen Fragen auf eine gemeinsame Linie verständigen könnten?

Ein Grundkonsens

- in der sicherheitspolitischen Ausrichtung,
- im Klimaschutz,
- in der Bekämpfung der wachsenden Wohlstandsschere in der Bundesrepublik

oder auch

- in der Flüchtlingspolitik?

Oder vielleicht auch nur ein Grundkonsens über eine schonungslose Offenheit, dass wir alle uns grundlegend umorientieren und neu aufstellen müssen, um die anstehenden und nicht zu leugnenden Herausforderungen zukunftssicher zu bewerkstelligen?

Man mag den Kopf schütteln und dies als idealistisch belächeln. Aber ein Blick über den „großen Teich“ zeigt uns, wo es hinführt, wenn die demokratischen Parteien der Mitte kein gemeinsames Grundverständnis von den Wegen aus den Krisen entwickeln.

In diesem Sinne wünscht der VBB Ihnen und uns allen eine neue Bundesregierung, die in der Lage ist, einen Weg der Krisenbewältigung zu gehen, der nicht auf Partikularinteressen Rücksicht nimmt, sondern Probleme im politischen Konsens löst.

Der öffentliche Dienst leistet einen wesentlichen Anteil an der Bewältigung von Krisen, aber auch er muss sich verändern. Er muss digitaler werden, er muss agiler werden. Die Strukturen müssen auf die Aufgaben ausgerichtet werden. Bei der Bundeswehr wird die Ausrichtung auf LV/BV zu weiteren Veränderungen führen müssen. Die Truppe muss endlich gestärkt werden, und es ist offensichtlich, dass dies nicht nur über die Nachwuchsgewinnung möglich ist. Die dysfunktionale Personalstruktur der Streitkräfte ist beispielsweise in keiner Weise geeignet, den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Es ist aber auch keine Lösung, wenn nun im Namen der „Kriegstüchtigkeit“ das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Wenn jetzt das mobile Arbeiten – egal ob Homeoffice oder Telearbeit – weiträumig zurückgeführt wird, so ist dies nicht einfach mit LV/

## INHALT VBB

Aktuelles	4
VBB-Fraktion	7
Seminare	7
Wissenswert	8
Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	13
Personalnachrichten	29

## INHALT dbb

Einkommenspolitik: Auftakt EKR 2025	30
66. dbb Jahrestagung: Deutschland im Wahljahr – Fragen und Erwartungen	31
Politischer Schlagabtausch: Der Staat muss Orientierung bieten	33
Paneldiskussion zur Bundestagswahl: Große Koalition für Digitalisierung	34
Vortrag und Diskussion über die Stabilität der Demokratie: Sanierungsplan für die Schlechtwetterphase	35
Streitgespräch: Bürokratieabbau verlangt Aufgabenkritik	40
Zukunft gestalten: Eine klare Vision vorlegen und Vertrauen schaffen	41
Beamte – Arbeitszeitkonten: Föderalismus engt die Spielräume ein	46

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 49,60 Euro zzgl. 9,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 5,70 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen. **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 66 (dbb magazin) und Preisliste 50 (VBB-Magazin), gültig ab 1.1.2025. **Druckauflage:** dbb magazin: 550 662 (IVW 4/2024). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. ISSN 0521-7814

BV zu begründen. Es entsteht eher der Eindruck, dass manche Vorgesetzte oder Dienststellenleiter nun endlich einen Vorwand dafür finden, das ungeliebte mobile Arbeiten wieder zurückzudrängen. Der VBB hatte lange gefordert, dass eine Rahmenvereinbarung zum mobilen Arbeiten für den gesamten Geschäftsbereich geschlossen wird. Die Amtsseite will jetzt vorgeben, dass die Nutzung und das Verfahren durch die Dienststellen in eigener Zuständigkeit geregelt werden.

Der VBB hat nach dem intensiven und erfolgreichen Bundesvertretertag ein volles Auftragsbuch. Mitte Januar hat daher in einem ersten Aufschlag die Bundesleitung in einer Klausurtagung auf der Grundlage der beschlossenen Anträge die Handlungsfelder des Verbandes abgesteckt. Es wurde aber auch das „Fernlicht“ eingeschaltet, um Zukunftsthemen in den Blick zu nehmen. In einer kreativen und offenen Atmosphäre wurden viele Ideen und Themen betrachtet. Ganz deutlich vorne stehen die Digitalisierung und die Anwendung von KI – und zwar sowohl im VBB selbst als auch beim Dienstherrn und Arbeitgeber Bund.

Neu im Team der Bundesleitung als kooptiertes Mitglied ist Christian Essig. Erstmals ist damit in der Bundesleitung eine Stimme

aus einem Flächenverband und einer wichtigen zivilen Dienststelle – der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundeswehrverwaltung – vertreten. Wir freuen uns über diese Verstärkung und sind froh, mit einer starken Bundesleitung in die nächste Legislaturperiode des VBB zu starten.

Persönlich bedanke ich mich für die großartige Unterstützung, die ich auf dem Bundesvertretertag erleben durfte. Für mich ist das Vertrauen der Mitglieder und Delegierten ein Ansporn, den VBB weiter zu stärken und in die Zukunft zu führen.

Der VBB wünscht Ihnen und Ihren Angehörigen ein gesundes, erfolgreiches und glückliches Jahr 2025!

Ihre

Imke v. Bornstaedt-Küpper  
Bundesvorsitzende

## AKTUELLES



## Beitragsanpassung 2025

Aufgrund der erfolgten Besoldungserhöhung vom 1. März 2024 haben sich die Mitgliedsbeiträge des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) e.V. zum 1. Januar 2025 geändert.

Grundlage ist der Beschluss des Bundesvertretertages 2014, die Mitgliedsbeiträge an die laufende Besoldung anzupassen. Als Höhe des Beitrags sind 0,3 Prozent der jeweils gültigen Besoldung der Eingangsgrundgehälter der Beitragsklassen festgelegt.

Falls Sie Ihren Mitgliedsbeitrag via SEPA-Überweisung beziehungsweise Ihren Dauerauftrag eingerichtet haben, bitten wir Sie, Ihre Zahlweise entsprechend (vierteljährlich/halbjährlich/jährlich) anzupassen. ■

### Mitgliedsbeiträge zum Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.

Bezeichnung der Mitgliedschaft	Besoldungs-/Entgeltgruppe	Beitragsklasse	Beitragsatz monatlich ab 1. Januar 2025
Ehrenmitglieder, Beamte im Vorbereitungsdienst, in der Elternzeit	aller	0	0,00 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 2 – A 4 E 2	I	8,10 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 5 – A 6 E 3 – E 5	II	8,30 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 7 – A 8 E 6 – E 8	III	8,90 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 9 – A 10 E 9 – E 10	IV	10,10 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 11 – A 12 E 11 – E 12	V	12,20 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 13 – A 14 E 13 – E 14	VI	15,10 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	A 15 – B 2 E 15	VII	18,90 €
Beamte in der Besoldungsgruppe Arbeitnehmer Entgeltgruppe	B 3 – B 11 E 15 Ü	VIII	28,80 €
Ruhestandsbeamtinnen/-Beamte Witwen/Witwer ehemaliger Mitglieder Rentner	A 2 – A 4 Aller E 2	IX	3,50 €

Beamte im Ruhestand, Rentner, Teilzeitbeschäftigte (Teilzeit bis 75 % - darüber Beitrag wie Vollzeit) und Altersteilzeitbeschäftigte zahlen den nach ihrer Besoldungs-/Entgeltgruppe um eine Beitragsklasse niedrigeren Mitgliedsbeitrag.

Die Mitgliedsbeiträge der restlichen Beitragsklassen betragen ab 2021 prozentual 0,3% der jeweils gültigen Besoldung der Eingangsgrundgehälter in den Beitragsklassen.

### Beitrags Tabelle 2025

## 8. Informationsveranstaltung des Inspektors Cyber- und Informationsraum

Der Inspekteur Cyber- und Informationsraum lädt jährlich die Gewerkschaften und Verbände zu einer Informationsveranstaltung ein. Am 4. Dezember 2024 fand das Format bereits zum achten Mal statt.

Für den VBB nahm der stellv. Bundesvorsitzende Ceyhan Dursun teil.

Auf der Tagesordnung standen neben interessanten Impulsvorträgen Informationen zur neuen und vierten Teilstreitkraft Cyber- und Informationsraum (CIR).

Die Kameradinnen und Kameraden sowie zivilen Kolleginnen und Kollegen haben seit der Aufstellung des Organisationsbereiches Cyber- und Informationsraum 2017 als Auge, Ohr und zentrales Nervensystem der Streitkräfte hervorragend gearbeitet, sodass der Bundesminister der Verteidigung 2024 entschied, den Organisationsbereich CIR zum 1. April 2024 als Teilstreitkraft „aufzuwerten“.

In der Informationsveranstaltung ging der Inspekteur auch auf die Ausrichtung auf LV/BV sowie die Kriegstüchtigkeit ein. Abgeschlossen wurde die Veranstaltung mit einer offenen Diskussionsrunde über Themen, wie zum Beispiel Wehrdienstmodell und Infrastrukturbedarfe.



© PIZ KdoCIR/Bundeswehr

Alles in allem eine gelungene Veranstaltung. Der VBB dankt dem Inspekteur Cyber- und Informationsraum für die jährliche Einladung und wünscht ihm und seiner Teilstreitkraft viel Soldaten- glück bei den bevorstehenden Herausforderungen. ■

## TV EntgO Bund und TVÜ-Bund – Bekanntgabe von Änderungstarifverträgen

Mit dem Rundschreiben D5.31000/55#5 vom 19. Dezember gibt das BMI die Verhandlungsergebnisse vom 24. Oktober 2024 bekannt. Es haben sich Änderungen beim Tarifvertrag Entgeltordnung des Bundes (TV EntgO Bund) sowie beim Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten des Bundes in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-Bund) ergeben.

Die Ergebnisse bilden die Weiterentwicklung des Tarifrechts (sogenannte Tarifpflege) ab. Neben redaktionellen Änderungen, die im Vordergrund standen, lag der Schwerpunkt auf Eingruppierungsthemen des Bundes, die zu **tariflichen Verbesserungen führen können**.

Wichtig hierbei ist, sollten sich aufgrund des Änderungstarifvertrages Nr. 11 zum TV EntgO Bund eine höhere Entgeltgruppe ergeben, sind die Beschäftigten auf Antrag in die Entgeltgruppe eingruppiert, die sich aufgrund dieses Änderungstarifvertrages nach § 12 (Bund) TVöD ergibt.

Hierbei ist die **Antragsfrist 30. Juni 2025** zu beachten. Gestellte Anträge wirken (Ausschlussfrist) auf den 1. Januar 2025 zurück. Ruht das Arbeitsverhältnis am 1. Januar 2025, beginnt die sechs-

monatige Frist mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit; der Antrag wirkt auf den 1. Januar 2025 zurück (§ 29d TVÜ-Bund).



© Pixabay.com

Für weitere Informationen scannen Sie bitte den QR-Code.

Wir empfehlen **betroffenen Beschäftigten** sich an die personalbearbeitende Stelle zu wenden. Gerne steht Ihnen auch der VBB für weitere Fragen zur Verfügung. ■



**dbb Info 33/2024****EuGH: Überstundenzuschläge für Teilzeitkräfte**

Eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zu Überstundenzuschlägen von Teilzeitbeschäftigten vom 5. Dezember 2024 (Az.: 8 AZR 370/20), die auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 29. Juli 2024 (Aktenzeichen C-184/22 und C-185-22) Bezug nimmt, ist auf große Aufmerksamkeit gestoßen. Viele Kolleginnen und Kollegen vermuten, dass diese Entscheidungen zu finanziellen Verbesserungen führen könnten.

Für weitere Informationen scannen Sie bitte den QR-Code.

**dbb Info 34/2024****Anpassung der beihilfefähigen Höchstbeträge für Heilmittel im Bereich der Stimm-, Sprech-, Sprach- und Schlucktherapie**

Das Bundesministerium des Innern hat eine Vorgriffsregelung zur Anpassung der beihilfefähigen Höchstbeträge für Heilmittel im Bereich der Stimm-, Sprech-, Sprach- und Schlucktherapie ab dem 1. Februar 2025 übersandt.

Für weitere Informationen scannen Sie bitte den QR-Code.



# Jahrestagung des dbb in Köln

Alljährlich lädt der dbb Anfang Januar in Köln zu seiner Jahrestagung ein. In spannenden Vorträgen und im intensiven fachlichen Austausch werden die aktuellen Herausforderungen des öffentlichen Dienstes in Deutschland vertieft. Der VBB war dabei!



Bundesvorsitzende des VBB, Imke v. Bornstaedt-Küpper, mit der dbb frauen Vorsitzenden Melanie Kreutz



## VBB-FRAKTION

# Weihnachtssessen der VBB-Fraktion im HPR in Berlin

Am 2. Dezember 2024 versammelte sich die VBB-Fraktion im HPR zu ihrem traditionellen Weihnachtsessen während der 152. Sitzung des HPR in Berlin.

Der Abend begann mit einer herzlichen Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden, Kollege Steffen Espig. Ein besonderes Highlight des Abends war das kleine Weihnachtsgeschenk des Fraktionsvorsitzenden an alle Mitglieder der Fraktion. Dieses Geschenk trug zusätzlich zur guten Stimmung bei und wurde von den Anwesenden mit Freude angenommen.

Neben dem kulinarischen Genuss stand vor allem der Austausch unter den Fraktionsmitgliedern im Mittelpunkt.

Alles in allem war das Weihnachtssessen der VBB-Fraktion ein geselliger und kurzweiliger Abend, der die Gemeinschaft stärkte und die Vorfreude auf die kommenden Aktivitäten und Herausforderungen weckte.



## SEMINARE

# Seminar „Arbeits- und Tarifrecht TVöD Bund“ vom 17. bis 19. Dezember 2024

Insgesamt 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten durch den Seminarleiter, Herrn Witthüser, im Katholisch-Sozialen Institut in Siegburg begrüßt werden. Durch das Seminar führte Herr Goswin Flatten, ein ausgesprochener Fachmann für das Tarifrecht.

Schwerpunktmäßig wurden die Eingruppierung sowie die Stufenzuordnung behandelt.

Im Verlauf des Seminars stellte sich heraus, dass diese Thematik doch komplizierter und schwieriger ist als es scheint, und dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Personalfindung und Personalbindung. Obwohl alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch aktiv Dienst leisten, konnte Herr Flatten durch Beispiele belegen, dass gerade die Thematik der Stufenzuordnung besonders beachtet werden sollte.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren von der Vortragweise und Problemerkörterung durch Herrn Flatten begeistert, auch weil er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern umfangreiche Unterlagen zur Verfügung gestellt hat.

Im Rahmen der Abschlussbesprechung konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bescheinigen, vieles für die Praxis gelernt zu haben. Da das Katholisch-Soziale Institut auf einem Berg liegt, konnten alle die schöne Aussicht über die Stadt Siegburg genießen.

Darüber hinaus bot sich abends die Gelegenheit, den mittelalterlichen Weihnachtsmarkt in Siegburg zu besuchen. Abschließend bleibt festzustellen, dass es ein sehr erfolgreiches Seminar war und mit dieser Thematik wieder angeboten werden sollte.



Gruppenfoto der Seminarteilnehmer

## Bereich IX und IV

# VBB-Jugend-Seminar: Dein perfekter Auftritt

Nach Feierabend haben wir unsere jungen Kolleginnen und Kollegen am 1. Oktober 2024 in das Casino der Falckenstein-Kaserne Koblenz eingeladen.

Frau Charlotte Jung (Knigge-Trainerin) hat an diesem Abend referiert. Ziel war es, ein fundiertes Verständnis von Business-Etikette zu erlangen, um dieses Wissen sicher im privaten sowie im beruflichen Alltag anwenden zu können.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einleitung in den Abend wurde durch das Team des Casinos der Falckenstein-Kaserne ein Drei-Gänge-Menü serviert. Hier wurden von der Trainerin Hinweise zum richtigen Kommunizieren und zum vorbildlichen „Benimm bei Tisch“ gegeben. Im Anschluss ging es dann in den Theorie-Teil über. Die Inhalte reichten vom sicheren und angemessenen Auf-

treten in verschiedenen beruflichen Situationen – über das stilvolle sowie richtige Kleiden – bis hin zu den eigenen Erfahrungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen in den verschiedensten bisher erlebten Situationen.

Es war ein sehr unterhaltsamer Abend mit interessanten Gesprächen. Alle waren sich einig, dass es weiterhin ein breit gefächertes Angebot an Seminaren und Veranstaltungen für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen geben muss. Einiges ist bereits jetzt schon in Planung.

## WISSENSWERT

# Warum jede Dienststelle einen Anwalt des Teufels benötigt

Stellen Sie sich vor, Sie sitzen in einer Besprechung. Ideen fliegen durch den Raum, jeder nickt zustimmend und es scheint, als ob man sich schnell auf einen Konsens einigen könnte. Doch bevor Sie die Entscheidung besiegeln, erhebt jemand die Hand und sagt: „Aber was, wenn das nicht funktioniert? Was wäre, wenn wir das von einer anderen Seite betrachten?“ Willkommen, der Anwalt des Teufels hat das Wort ergriffen.

Der „Advocatus Diaboli“ (oder auf Deutsch: der „Anwalt des Teufels“) ist eine Rolle, die ursprünglich aus der katholischen Kirche stammt. Historisch gesehen wurde diese Position geschaffen, um bei der Heiligsprechung eines Kandidaten Zweifel zu säen und Argumente gegen dessen Heiligkeit zu prüfen. Ziel war es, den Prozess rigorosier und glaubwürdiger zu machen, indem jede mögliche Schwachstelle offengelegt wurde.

### Die historische Wurzel des Advocatus Diaboli

Der Begriff „Advocatus Diaboli“ stammt aus dem 16. Jahrhundert und wurde erstmals offiziell von Papst Sixtus V. im Jahr 1587 institutionalisiert. Der Amtsträger, oft ein gut ausgebildeter Kirchenjurist, sollte die Gegenargumente gegen die Heiligsprechung eines Kandidaten vorbringen, um die Echtheit und den Wert der vorgeschlagenen Wunder und Tugenden zu prüfen. Durch diesen kritischen Blick wurde sichergestellt, dass nur diejenigen, die wirklich außergewöhnlich waren, heiliggesprochen wurden.

In der damaligen Zeit war es eine ernsthafte und oft gefürchtete Rolle, denn der Advocatus Diaboli musste den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen und populäre Ansichten infrage zu stellen. Seine Aufgabe war es, die Beweise für die Heiligkeit des Kandidaten zu zerpfücken und jede erdenkliche Schwachstelle aufzudecken. Ein Scheitern in dieser Rolle bedeutete, dass jemand möglicherweise zu Unrecht heiliggesprochen wurde – eine schwerwiegende Fehlentscheidung in der katholischen Kirche.

### Der Anwalt des Teufels in der modernen Arbeitswelt

Heutzutage ist der Anwalt des Teufels eine unentbehrliche Rolle in jeder Organisation, die Innovation, Effizienz und Effektivität

© unbekannt



Holzschnitt: Künstler unbekannt



anstrebt. Indem er die vorherrschende Meinung herausfordert, hilft er, blinde Flecken zu erkennen, Risiken zu bewerten und sicherzustellen, dass Entscheidungen auf einer soliden Grundlage getroffen werden. In einer Zeit, in der Gruppendenken und Konformität oft dominieren, ist diese kritische Stimme von unschätzbarem Wert.

### Warum brauchen wir einen Anwalt des Teufels?

- 1. **Fördert kritisches Denken**: In einer Welt, die von Gruppendenken und Konformität geprägt ist, hilft der Anwalt des Teufels, eine Kultur des kritischen Denkens zu fördern. Er ermutigt dazu, Annahmen zu hinterfragen und alternative Perspektiven zu berücksichtigen.
- 2. **Vermeidet kostspielige Fehler**: Durch das Aufdecken potenzieller Schwachstellen und Risiken können Organisationen kostspielige Fehler vermeiden. Der Anwalt des Teufels hilft, realistische Szenarien durchzuspielen und die Tragfähigkeit von Plänen zu testen.
- 3. **Erhöht die Entscheidungsqualität**: Indem er sicherstellt, dass alle Aspekte einer Entscheidung gründlich geprüft werden, trägt der Anwalt des Teufels zur Qualität der getroffenen Entscheidungen bei. Dies führt zu besseren Ergebnissen und langfristigem Erfolg.
- 4. **Fördert Innovation**: Innovation entsteht oft durch das Infragestellen des Status quo. Der Anwalt des Teufels kann dabei helfen, neue Wege zu denken und innovative Lösungen zu finden, indem er bestehende Annahmen und Prozesse hinterfragt.
- 5. **Schafft Vertrauen in Entscheidungen**: Wenn Entscheidungen nach eingehender Prüfung und kritischer Hinterfragung getroffen werden, entsteht ein größeres Vertrauen in deren Richtigkeit. Mitarbeiter und Stakeholder sind eher bereit, Entscheidungen zu unterstützen, die umfassend geprüft und gerechtfertigt sind.

### Wie setzt man einen Anwalt des Teufels im Alltag ein?

- 1. **Rollenverteilung in Meetings**: Weisen Sie in jeder Besprechung jemandem die Rolle des Anwalts des Teufels zu. Diese Person sollte nicht nur kritische Fragen stellen, sondern auch mögliche Gegenargumente präsentieren und alternative Lösungen vorschlagen.
- 2. **Kultur der Offenheit schaffen**: Ermutigen Sie eine Kultur, in der kritische Fragen und abweichende Meinungen geschätzt werden. Dies fördert eine Umgebung, in der sich Mitarbeiter sicher fühlen, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen.
- 3. **Rotierende Rolle**: Um sicherzustellen, dass der Anwalt des Teufels immer unvoreingenommen bleibt, sollte diese Rolle rotieren. So wird verhindert, dass eine Person ständig als der „Störenfried“ wahrgenommen wird.

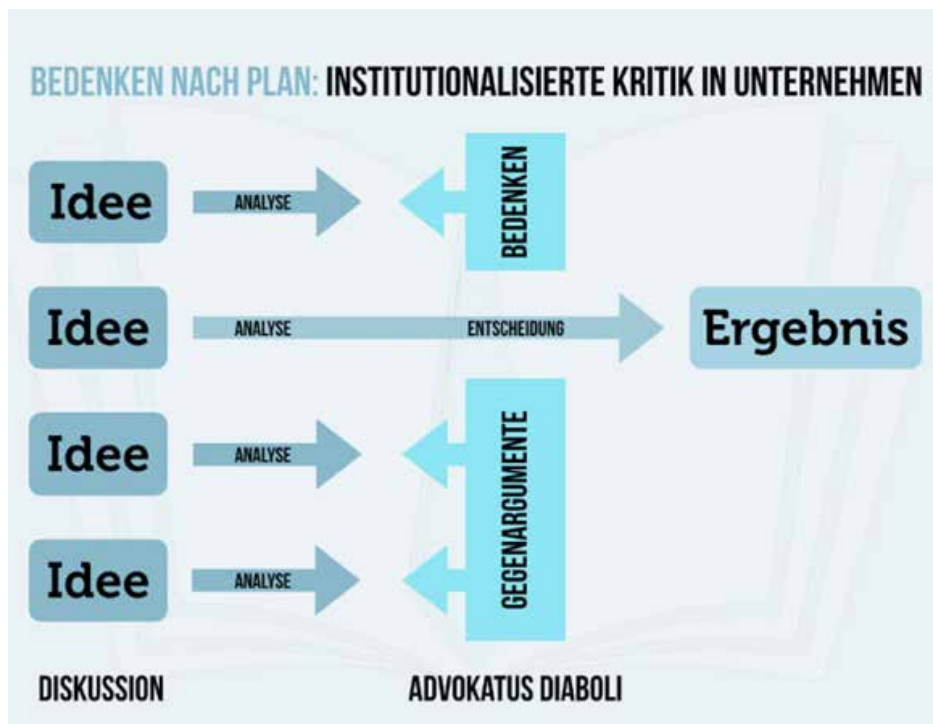
- 4. **Formalisierte Prozesse einführen**: Integrieren Sie formalisierte Prozesse in Ihre Entscheidungsfindung, die sicherstellen, dass der Anwalt des Teufels gehört wird. Dies könnte in Form von Checklisten, standardisierten Fragen oder speziellen Review-Sitzungen geschehen.

### Praktische Tipps für den Alltag

- Stellen Sie Fragen wie „Was wäre, wenn ...?“**: Diese einfache Technik kann Wunder wirken. Indem man verschiedene Szenarien durchspielt, können potenzielle Probleme und Risiken identifiziert werden.
- Ermutigen Sie zum Perspektivwechsel**: Bitten Sie Teammitglieder, sich in die Lage von anderen (z. B. Stakeholdern) zu versetzen und deren Perspektiven zu vertreten.
- Dokumentation und Nachverfolgung**: Halten Sie die Einwände und Gegenargumente des Anwalts des Teufels schriftlich fest und verfolgen Sie deren Auswirkungen auf die endgültige Entscheidung. Dies erhöht die Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Entscheidungsprozesses.

### Schlussgedanken

Der Anwalt des Teufels ist mehr als nur ein Spielverderber. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer gesunden und produktiven Entscheidungsfindungskultur. Indem er hilft, Risiken zu minimieren und Chancen zu maximieren, trägt er dazu bei, dass Ihre Organisation robust und zukunftssicher bleibt. Also, das nächste Mal, wenn Sie in einer Besprechung sitzen und alle einer Meinung zu sein scheinen, denken Sie daran: Ein Anwalt des Teufels könnte genau das sein, was Sie brauchen, um Ihre besten Entscheidungen zu treffen. Schaffen Sie eine Kultur, in der dieser kritische Blick willkommen ist, und Sie werden erstaunt sein, wie viel stärker und innovativer Ihre Organisation wird.



Bedenken nach Plan



# Künstliche Intelligenz? Nur eine Frage der Zeit

Haben Sie den Artikel „Warum jede Dienststelle einen Anwalt des Teufels benötigt“ in dieser Ausgabe gelesen? Finden Sie es interessant, dass man eine Entscheidung gut vorbereiten kann, wenn der Teufel am Tisch sitzt? Möglicherweise nehmen Sie etwas für sich mit: Der kritisch hinterfragende Kollege wird nicht mehr als nervig empfunden oder Sie fangen an, selbst in Besprechungen etwas kritisch zu hinterfragen und nicht mehr dem Gruppendenken zu folgen. Wohldosiert kann diese Eigenschaft eine Bereicherung für Ihr Umfeld und für wichtige Entscheidungen sein.



ChatGPT Symbol

Uns freut es jedenfalls, dass wir Ihnen einen interessanten Artikel zur Verfügung stellen konnten. Schließlich haben wir keine fünf Minuten für diesen Artikel investiert. Die Autorin: die künstliche Intelligenz.

Wir haben ChatGPT lediglich die Überschrift vorgegeben und gebeten, einen Artikel für eine Mitgliederzeitschrift zu schreiben. Zugegeben: Kleine inhaltliche Anpassungen mussten wir doch vornehmen, aber der Zeitaufwand war sehr gering. Die künstliche Intelligenz schleicht sich immer mehr in die Arbeitswelt ein, auch wir nehmen diese Entwicklung wahr und wollen ihr – nicht uneingeschränkt – offen begegnen. Die Vorteile liegen auf der Hand: bspw. Effizienzsteigerung, schnellere Datenanalyse und Automatisierung.

Nachteilig wird die Abhängigkeit von der KI, Missbrauch der KI, fehlende emotionale Intelligenz sowie möglicherweise drohende Arbeitsplatzverluste bewertet.

Fakt ist aber, dass die KI gekommen ist, um zu bleiben. Die französischen Streitkräfte begegnen dieser Entwicklung offen, indem

sie eine neue Einheit für künstliche Intelligenz schafft<sup>[1]</sup>. Hierfür fließen jährlich 300 Millionen Euro aus dem französischen Staatshaushalt in die neue Einheit.

Feststeht, dass Beschäftigte zukünftig KI-Kompetenzen benötigen werden. Wer sich bereits heute auf diese Entwicklung vorbereiten möchte, kann sich auf verschiedenen Webseiten weiterbilden. Beispielfhaft sei hier das Portal <https://egov-campus.org/> erwähnt.

Der VBB hat gemeinsam mit dem Deutschen Beamtenbund (dbb) 2021 reagiert und einen Tarifvertrag Digitalisierung (TV Digitalisierung Bund) mit dem Bundesministerium des Innern abgeschlossen. Der Tarifvertrag sichert Arbeitsplätze und bietet Möglichkeiten der Qualifizierung. Beschäftigte, deren bisher ausgeübte Tätigkeit durch die Folgen der Digitalisierung wegfällt oder wenn es für ihre Einarbeitung in eine neue Tätigkeit erforderlich wird, erhalten einen Anspruch auf Qualifizierung. Der Tarifvertrag trat zum 1. Januar 2022 in Kraft. ■

<sup>[1]</sup> Rüstung: Frankreich will militärischen Einsatz von KI stärken

## AUS UNSEREN BEREICHEN UND LANDESVERBÄNDEN

### Der Weihnachtsmann fuhr die Straßenbahn

Am 9. Dezember wurde das Jahr 2024 der Standortgruppe Rostock mit einer historischen Straßenbahnfahrt durch die Stadt Rostock abgeschlossen. Der Weihnachtsmann fuhr die Straßenbahn und führte zu leuchtenden Augen bei Groß und Klein. Der uns begleitende Guide hatte auch für alteingesessene Rostocker interessante neue Informationen zur Hansestadt. Den Abend schlossen wir bei einem gemütlichen Zusammensein im Restaurant Carlos. ■



#### Bereich I: Schleswig-Holstein/ Hamburg/Mecklenburg-Vorpommern

Bereichsvorsitzende: Simone Rahn  
Bundeswehrkrankenhaus Hamburg (BwKrhS Hamburg)  
Krankenhausverwaltung im BwDLZ  
Lesserstraße 180  
22049 Hamburg  
Telefon (dienstl.): 040 – 69 47 27 000  
Postanschrift:  
VBB-Bereich I  
Steenkoppel 24  
24598 Boostedt  
E-Mail: Bereich1@vbb-bund.de



#### Standortgruppe Bremerhaven

### Außerordentliche Mitgliederhauptversammlung

Am 4. Dezember 2024 fand in Bremerhaven im Haus am Blink eine außerordentliche Mitgliederhauptversammlung statt.

Seit dem überraschenden Tod des Standortgruppenvorsitzenden Joachim Hölzel vor etwa einem Jahr, war die Standortgruppe ohne direkte Leitung und wurde seitdem kommissarisch fortgeführt. Der Bereichsvorsitzende Karl Nowotny eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste. Da zahlreiche Mitglieder erschienen waren, wurde die Beschlussfähigkeit festgestellt.

#### Bereich II: Niedersachsen/Bremen

Bereichsvorsitzender: Karl Nowotny  
Gustav-Meyer-Straße 101  
29633 Munster  
dienstlich: Bundeswehr-Dienstleistungszentrum  
Munster (BwDLZ Munster)  
Emminger Weg 61  
29633 Munster  
Telefon: 05192 – 12 50 04  
E-Mail: karlnowotny@bundeswehr.org



Ehrung von Herrn Sobolowski für 40 Jahre  
VBB-Mitgliedschaft



Ehrung von Herrn Twarok für 50 Jahre  
VBB-Mitgliedschaft

Nach intensivem Austausch stellten sich folgende Mitglieder zur Wahl: Dirk Weber als Standortgruppenvorsitzender, Daniel Kubsa als stellvertretender Standortgruppenvorsitzender sowie Schriftführer, Manuela Lehmkuhl als Kassenswartin sowie als Kassenprüfer die Mitglieder Helmut Sobolowski und Ulf Sobotka.

Alle vorgeschlagenen Mitglieder wurden in ihrer Funktion gewählt und nahmen die Wahl auch an.

Der Bereichsvorsitzende bedankte sich bei den Mitgliedern und gab die Leitung der Mitgliederversammlung nun an Herrn Weber ab. Da auch langjährige Mitglieder



Ehrung von Herrn Sobotka für 50 Jahre VBB-Mitgliedschaft

an der Versammlung teilnahmen, konnten einige Ehrungen vor Ort durch den Standortgruppenvorsitzenden und den Bereichsvorsitzenden erfolgen.

Die Mitglieder Herr Sobolowski wurden für 40 Jahre Mitgliedschaft, Herr Sobotha und Herr Twarok für 50 Jahre Mitgliedschaft im VBB Bund geehrt. Im Folgenden wurde durch den Bereichsvorsitzenden noch ein Bericht über den kürzlich stattgefundenen Bundesvertretertag in Berlin abgehalten.

Im Anschluss gab es einen klassischen norddeutschen Grünkohl sowie noch einige interessante Gespräche der Mitgliederrunde.



BHV VBB-Vorstand



Alle geehrten Mitglieder der StOGrp. Bremerhaven

© VBB (5)

## Standortgruppe Munster

# Jahresabschlussfeier

Die traditionelle Jahresabschlussfeier fand am 11. Dezember 2024 in der Gaststätte „Deutsches Haus“ statt. Nach der Begrüßung durch die Standortgruppenvorsitzenden Gabriele Bertram konnte eine seltene und besondere Ehrung durchgeführt werden. Kollege Hartwig Keinert wurde das Ehrenzeichen am Bande für seine 60-jährige Mitgliedschaft im VBB verliehen. Für seine Treue und jahrelanges Engagement als Seniorenbetreuer bedankt sich die Standortgruppe.

Danach konnten sich die Mitglieder und Gäste in einem festlichen Ambiente auf die Weihnachtsfeiertage einstellen. Dazu trug auch das festliche Mahl bei, welches, mit Ausnahme eines kleinen Eigenbeitrages, dieses Jahr inklusiv der Getränke durch das Guthaben der Standortgruppe finanziert wurde. In einer solch schönen Atmosphäre ließ sich trefflich über aktuelle Themen diskutieren und alten Geschichten lauschen.



Bereichsvorsitzender Karl Nowotny, Hartwig Keinert, StOGrp.-Vorsitzende Gabriele Bertram (von links)

© VBB-StOGrp Munster

## Standortgruppe Düsseldorf

# Stimmungsvolle Jahresabschlussfeier der Düsseldorfer Pensionäre

Bestens aufgelegt zeigten sich die Ruhestandsbeamten der Standortgruppe Düsseldorf, die sich auf Einladung des Vorstandes am 10. Dezember 2024 zur traditionellen Weihnachtsfeier in der Gaststätte TUS-Treff in Düsseldorf-Unterrath eingefunden hatten, um das scheidende Jahr in besinnlicher Atmosphäre und geselliger Runde ausklingen zu lassen.

### Bereich III: Nordrhein-Westfalen

Bereichsvorsitzender: Michael Meister  
 Vorsitzender Gesamtpersonalrat beim  
 Karrierecenter der Bundeswehr Düsseldorf  
 (KarrCBw Düsseldorf)  
 Ludwig-Beck-Straße 23  
 40470 Düsseldorf  
 Telefon (privat): 0160 – 147 10 77  
 Telefon (dienstlich): 0211 – 61 93 350  
 Bw-Kennzahl: 90 – 3200 3350  
 E-Mail: bereich3nrw@vbb-bund.de



Froh gelaunte Gäste

Der Veranstaltungsraum war festlich geschmückt, für das leibliche Wohl und die Bewirtung der Gäste war reichhaltig und zu aller Zufriedenheit gesorgt.

Der örtliche Betreuer der Ruhestandsbeamten, Kollege Hans-Rudolf Bierhoff, führte in die Veranstaltung ein und begrüßte die Teilnehmer im Namen des Vorstandes recht herzlich. Besonders willkommen hieß er den Standortgruppenvorsitzenden, Kollegen Frank Willems, den Ehrenvorsitzenden der Standortgruppe, Kollegen Heinrich Esendiller, sowie den Vertreter der Ruhestandsbeamten im Bereich, Kollegen Jürgen M. Neubauer.

Der im laufenden Kalenderjahr verstorbenen Mitglieder wurde in einer Schweigeminute gedacht.

Im Anschluss hieran referierte Kollege Frank Willems zu aktuellen Themen des Verbandes und zur gegenwärtigen Situation der örtlichen Standortgruppe. Bei fröhlicher Stimmung saß man für einige Stunden vergnügt zusammen, um sich angeregt auszutauschen und so manche Erinnerung aufleben zu lassen.

Gut gelaunt und mit Vorfreude auf das nächste Stammtischtreffen der Ruhestandsbeamten ging man mit allen guten Wünschen für das Weihnachtsfest und den darauffolgenden Jahreswechsel auseinander.

So fand die Weihnachtsfeier nach einem kurzweiligen und recht unterhaltsamen Nachmittag schließlich ihr Ende.

## Standortgruppe Düsseldorf

# Weihnachtsbasar des BwSW Düsseldorf – VBB zeigt Flagge

Einer guten Tradition folgend hatte das Bundeswehr-Sozialwerk (BwSW) – Team West – seinen letztjährigen Weihnachtsbasar am 21. November 2024 in der Liegenschaft Wilhelm-Raabe-Straße in Düsseldorf ausgerichtet und die Besucher stimmungsvoll auf die bevorstehende Advents- und Weihnachtszeit eingestimmt.



Symbolische Scheckübergabe: Kollegen Willems (links) und Miltenberger

Wie in den vergangenen Jahren auch war die VBB-Standortgruppe Düsseldorf mit einem eigenen Stand vertreten, um nicht nur für die Interessen des Berufsverbandes zu werben, sondern in erster Linie durch den Verkauf von Glühwein und Kinderpunsch einen Erlös zugunsten des BSW zu erwirtschaften.

Der Verkauf, der in den Händen des Vorsitzenden Frank Willems sowie der Kollegen Wolfgang Raub und Hans-Rudolf Bierhoff lag, wurde von den Gästen so erfolgreich angenommen, dass sich am Schluss der Veranstaltung ein Überschuss von 583 Euro in der Kasse vorfand.

Dem Vorstand der Standortgruppe war es eine Herzensangelegenheit, die „Aktion Sorgenkinder in Bundeswehrfamilien“ mit einer zusätzlichen Spende von 417 Euro zu bedenken und den erzielten Erlös somit großzügig aufzustoßen. So konnte dem Bereichsgeschäftsführer West, Kollegen Ralf Miltenberger, zu guter Letzt ein symbolischer Scheck in Höhe von 1.000 Euro überreicht werden.

Nach Auffassung aller Beteiligten und Besucher war die Aktion mehr als gelungen, sodass ein Glühwein- und Punschverkauf auch im Jahr 2025 angestrebt wird.

### Standortgruppe Düsseldorf

## Nachruf Roland Klomfaß

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) trauert um Kollege Roland Klomfaß, der am 3. Januar 2025 im Alter von 83 Jahren verstarb.

Vor über 50 Jahren trat Roland Klomfaß dem Verband bei und war Bereichsvorsitzender des Bereiches III und hat hier bis vor Kurzem als Kassenprüfer mitgewirkt. Darüber hinaus war er langjähriger Begleiter für die Seminare des VBB.



### Standortgruppe Hürth

## Ein besinnlicher Nachmittag auf dem Gertrudenhof



Die letztjährige Weihnachtsfeier der Standortgruppe Hürth fand am Donnerstag, dem 12. Dezember 2024, in festlicher Atmosphäre auf dem weihnachtlich geschmückten Gertrudenhof in Hürth statt; dieser bot mit seiner festlichen Kulisse den idealen Rahmen für die Feier.

Bei Glühwein und weihnachtlichen Leckereien verbrachten die Mitglieder einen besinnlichen Nachmittag, der für alle ein gelungener Jahresabschluss war. Zu Beginn der Feierlichkeit begrüßte Bereichsschatzmeister und Mitglied des Bundesvorstandes, Christopher Würz, die Anwesenden mit einem herzlichen Grußwort.

Anschließend wurde Herr Armin Kranz für seine 15-jährige Mitgliedschaft durch den Vorsitzenden der Standortgruppe geehrt. In seiner Rede bedankte sich der Vorsitzende bei ihm und überreichte ihm die Urkunde sowie die Ehrennadel in Silber.

Neben der Ehrung gab es für alle anwesenden Mitglieder eine kleine Überraschung: Jedes Mitglied erhielt ein liebevoll verpacktes Geschenk, welches auf die Festtage feierlich einstimmte.

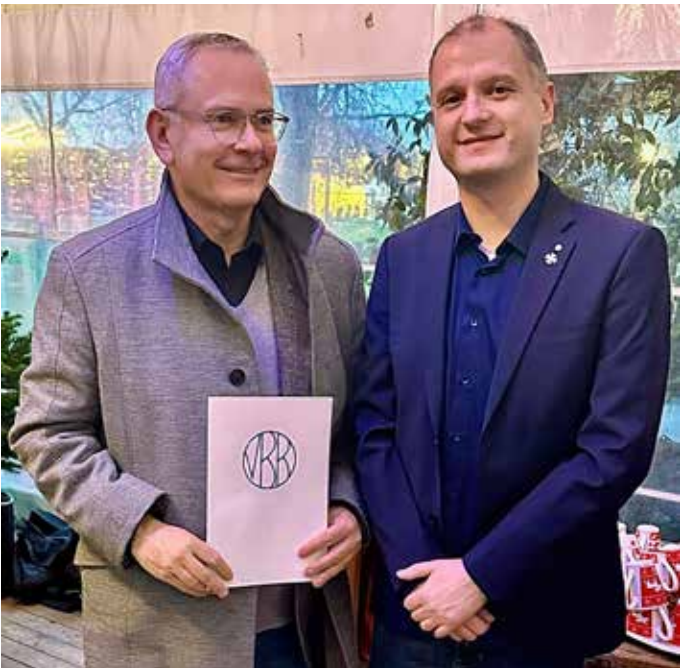
Der Weihnachtsumtrunk war nicht nur ein schöner Jahresabschluss, sondern auch ein Moment, um gemeinsam auf das vergangene Jahr zurückzublicken und sich auf die kommenden Aktivitäten zu freuen.



Gruppenfoto der Standortgruppe Hürth



Der Vorstand der Standortgruppe Hürth



Ehrung von Herrn Armin Kranz (links) durch den Vorsitzenden der StOGrp. Hürth (rechts)



Impressionen des Weihnachtsumtrunks

## Standortgruppe Koblenz

# Weihnachtsmarktbesuch



© Roland Brose/VBB

### Bereich IV: Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

Bereichsvorsitzender: Rainer Schönhofen  
 Wehrtechnische Dienststelle  
 für landgebundene Fahrzeugsysteme,  
 Pionier- und Truppentechnik (WTD 41)  
 Kolonnenweg  
 54296 Trier-Grüneberg  
 Telefon: 0651 – 91 29 22 02  
 Bw-Kennzahl: 90 – 4722 2202  
 E-Mail: rainerschoenhofen@bundeswehr.org

Zu einer lieb gewonnenen Tradition ist es geworden, dass die StOGrp. Koblenz zu einem Weihnachtsmarktbesuch einlädt, um sich so besser gemeinsam auf die Weihnachtszeit einzustimmen zu können. Auch im letzten Jahr kamen wieder zahlreiche Mitglieder zusammen, die mit dem „Weihnachtszuschuss“ ihrer Standortgruppe den ersten großen Appetit auf Bratwurst, Reibekuchen oder Glühwein und Co. haben stillen können.

## Standortgruppe Rhein-Main

# Ehrung

An seinem 85. Geburtstag wurde Herr Amtsinspektor a.D. Guntram Angrabeit vom 2. Vorsitzenden der Standortgruppe Rhein-Main, Uwe Sponholz, sowie dem Kassierer und Vertreter der Ruhestandsbeamten, Ernst Rhiel, in seiner Wohnung aufgesucht und für 40 Jahre Mitgliedschaft im VBB geehrt.



© VBB

Zu seinem Geburtstag erhielt Herr Angrabeit auch ein Glückwunschsreiben der Bundesvorsitzenden. Bei einem ausführlichen Gespräch über seinen beruflichen Werdegang, erfuhren die beiden Vorstandsmitglieder, dass Herr Angrabeit an seinem 45. Geburtstag für den Verband geworben wurde.

Den größten Teil seiner Dienstzeit war Herr Angrabeit bei der früheren Wehrbereichsverwaltung IV in Wiesbaden. Die letzten Jahre vor seinem Eintritt in den Ruhestand war er beim Bundeswehrsozialwerk am Dienstort Wiesbaden tätig.

## Standortgruppe Mannheim

# Besuch beim Sportschützenverein

Am 29. Oktober 2024 lud die Standortgruppe Mannheim des VBB zum traditionellen Gästeschießen beim Sportschützenverein Strahlenburg in Schriesheim ein.

Der Einladung folgten 25 Studentinnen und Studenten zumeist des technischen Dienstes der Bundeswehr.

Durch die Kameraden des SSV wurden jeweils drei Waffen für die Studentinnen und Studenten vorbereitet.

Die historische Zeitreise begann mit einem Repetiergewehr im Kaliber 7,92 x 57 Millimeter und führte weiter über die zivile Version des G 36 im Kaliber 5,56 x 45 Millimeter bis zum G 28

### Bereich V: Baden-Württemberg

Landesvorsitzende: Karin Voit  
 Lehrbereich  
 Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung  
 - Fachbereich Bundeswehrverwaltung -  
 Seckenheimer Landstraße 10  
 68163 Mannheim  
 Telefon: 0621 – 42 95 44 50  
 Telefax: 0621 – 42 95 42 22  
 Bw-Kennzahl: 90 – 5331 4450  
 E-Mail: KarinVoit@bundeswehr.org



mit dem deutlich größeren Kaliber 7,62 x 51 Millimeter. Von den Sportschützen wurden Tipps und Tricks vor den Schüssen sowie allerlei Fachwissen an die Studentinnen und Studenten vermittelt.

Alle drei Waffen wurden mit je fünf Schuss in der Wertung beschossen, dabei zeigten die Studentinnen und Studenten ein hohes Maß an Konzentration und Ruhe. Mit sehr guten Schussergebnissen beeindruckten sie die Vereinsmitglieder des SSV.

Die Sportschützen rundeten den Abend mit Getränken und Essen ab, dadurch konnten die Studentinnen und Studenten



die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches untereinander und mit den Mitgliedern des SSV nutzen.

Einige Studentinnen und Studenten werden den Weg zum Sportschützenverein Strahlenburg gerne wieder finden.

Unser Dank geht an die Mitglieder des SSV Strahlenburg für die sehr gute Organisation und die Verpflegung.

Einig waren sich alle: Im Jahr 2025 sehen wir uns wieder.

## Standortgruppe Stetten am kalten Markt

# Jahresabschlussfeier

Am 5. Dezember 2024 fand in Stetten a. k. M. die Jahresabschlussfeier der VBB-Standortgruppe statt.

Bevor man sich zum gemeinsamen Abendessen im Gasthof Schwanen im Ortsteil Frohnstetten einfand, konnten sich interessierte Mitglieder über die techn. Ausbildungsmöglichkeiten der Soldaten beziehungsweise Bundeswehrangehörigen am Standort Stetten in Form des AGHSP-Simulators informieren.

Das Ausbildungsgerät Schießsimulator Handwaffen/Panzerabwehrwaffen ist eine hochmoderne Ausbildungseinrichtung anhand derer Grundfähigkeiten und erweiterte Fähigkeiten an den Handwaffen der Bundeswehr (wie zum Beispiel Pistole P8, Gewehr G36 oder Maschinengewehr MG 5) realitätsnah geübt werden können. Über Projektoren werden dem Nutzer entsprechende bewegliche Bilder oder Ziele auf eine Projektionsfläche geworfen, die es dann entsprechend zu bekämpfen gilt.

Beim gemeinsamen Abendessen, an dem rund 45 Mitglieder und Angehörige teilnahmen, konnte der 1. Vorsitzende der VBB-StOGrp., Stephan Klatt, das vergangene Jahr Revue passieren lassen und gab einen kleinen Ausblick in das kommende Jahr 2025 – abgerundet wurde sein Vortrag durch einen kleinen Bericht des Vorstandsmitgliedes Daniel Stähr, der als Delegierter der Bun-



desversammlung Ende November in Berlin mit direkten Informationen und Ergebnissen über die Versammlung berichten konnte.

Der Abend konnte dann bei vorweihnachtlicher Atmosphäre, leckerem Essen und Getränken sowie sehr guter Stimmung der Teilnehmer gemütlich ausklingen.

## Standortgruppe Donauwald (Bogen)

# Jahreshauptversammlung 2024

Am 19. November 2024 trafen sich die Mitglieder der Standortgruppe Donau-Wald mittlerweile schon traditionell im Gasthaus Wurm in Bärndorf zur Jahreshauptversammlung 2024.

Leider musste auf die Teilnahme des Landesvorsitzenden verzichtet werden, sodass der Standortgruppenvorsitzende Florian Ma-

### Bereich VI: Bayern

Landesvorsitzender: Lothar Breunig  
 Wehrtechnische Dienststelle für Luftfahrzeuge  
 und Luftfahrtgerät der Bundeswehr (WTD 61)  
 Flugplatz  
 85077 Manching  
 Telefon: 08459 – 80 25 30  
 Bw-Kennzahl: 90 – 6601 2530  
 E-Mail: Landesverband-Bayern@vbb-bund.de  
 E-Mail: LotharBreunig@bundeswehr.org

gerl die Kolleginnen und Kollegen begrüßte und auf den neuesten Stand der Verbandsarbeit brachte.

Als Ehrengast konnte der Leiter des BwDLZ Bogen und Mitglied Herr Alfons Lerner begrüßt werden. Nach einem kurzen Abriss der Erfolge des VBB wurden im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Bundesversammlung auch die Forderungen für die nächsten fünf Jahre diskutiert.

Der Leiter BwDLZ Bogen stellte die Situation und Entwicklung des BwDLZ vor, vor allem im Hinblick auf die neue Rolle der BwDLZ im Rahmen der Zeitenwende.

Von ihrer Teilnahme am Bundesjugendseminar 2024 in Hamburg berichtete Frau Kristina Hochhalter, die, unterstützt mit einer kleinen Präsentation, ihre Begeisterung über das gelungene Seminar zum Ausdruck brachte und den anwesenden jüngeren Kolleginnen und Kollegen eine Teilnahme ans Herz legte. Nach dem Kassenbericht wurde Frau Ivonne Engel für ihre 15-jährige Mitgliedschaft beim VBB mit Urkunde und Anstecker geehrt.



### Standortgruppe München/Fürstenfeldbruck

## Mitgliederversammlung 2024

Vorstand und Mitglieder der StOGrp. München/Fürstenfeldbruck konnten den VBB-Veranstaltungskalender 2024 am 7. November mit einer vortragsstarken Mitgliederversammlung mit ausgezeichneten Redebeiträgen abschließen.

Die Leistungen des Sozialdienstes für aktive und ehemalige Beamte und deren Familienangehörige wurden von Frau Kristina Walther und Kristin Schulz vom Sozialdienst der Bundeswehr München vorgestellt. Frau Walther gab Impulse zum Thema persönliche Vorsorge: Begriffe wie Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Ehegattennotvertretung sowie Patientenverfügung kennt nun jeder der Zuhörer. Frau Schulz ging im Anschluss darauf ein, wie der Sozialdienst bei Todesfällen aktiver und ehemaliger Beamter unterstützen kann. Kernbotschaft der beiden Kolleginnen war, dass ein jeder – egal ob jung oder alt – sich Gedanken um seine persönliche Vorsorge machen und seine Angehörigen entsprechend einbinden sollte. Thematisch eine bittere, wenn auch notwendige Medizin.

Sprichwörtlich zurück in die Mitte des Lebens gestellt wurden die Kolleginnen und Kollegen durch den Vortrag der Referatsleiterin B I 1/Grundsatz Beihilfeangelegenheiten im Bundesverwaltungsamt (BVA) Stuttgart, Frau Andrea Dachs. Frau Dachs stellte nicht nur eine zukunftsorientierte und zunehmend digital ausgerichtete Beihilfebearbeitung am BVA-Standort Stuttgart vor, sondern erläuterte erwartete Neuerungen und Verfahrenserleichterun-

Abschließend ließ man die Veranstaltung bei gutem Essen und anregenden Gesprächen ausklingen.



Ehrung von Frau Ivonne Engel für ihre 15-jährige Mitgliedschaft beim VBB mit Urkunde und Anstecker



gen für Antragstellende und Beihilfestellen, wie zum Beispiel den Wegfall des Gutachterverfahrens bei Rehabilitationsmaßnahmen oder die Änderung der bisherigen Festsetzungspraxis und Gewährung wiederkehrender Pflegeaufwendungen bei häuslicher Pflege durch Dauerverwaltungsakt. Dankbar nahmen die Zuhörerinnen und Zuhörer auch die Alltags-Hacks auf, die eine reibungs-

los zügige Bearbeitung der Beihilfeanträge sicherstellen können: die korrekte Antragstellung, sei es in Papierform mit aktuellem Vordruck und Eintrag der Personenkennziffer oder digital per Beihilfe-App mit einzeln abfotografierten Belegen in guter Fotoqualität.

Den Vortragsreigen schloss ein Grußwort des Kollegen Mario Holzer, der im Vorstand des Landesverbandes VI als Seniorenvertreter die Nachfolge von Kollege Franz Hadinger angetreten hat. Ein Grußwort, das auf den Zuhörerkreis, darunter zahlreiche Pensionäre, bestens abgestimmt war: die Interessen der Ruhestandsbeamtinnen und Beamten noch stärker als bislang in den Fokus der Verbandspolitik zu rücken. Ein wichtiger Akzent, denn mit den in den nächsten Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Ba-

byboomern wird weiterhin zu rechnen sein: als aufmerksam kritische Verbandsmitglieder im Ruhestand.

Wichtige Themen sind selten leicht, lassen sich aber mit einer zünftigen Verpflegung besser schultern. Nach Leberkäs-Semmeln, Brezen und kühlen Erfrischungsgetränken konnte der Blick auf ein heiteres Thema gelenkt werden: die Mitgliederehrung.

Hier freute sich der Vorstand, dem Kollegen Wolfgang Dietz die Ehrenmedaille des VBB für 50 Jahre treue Mitgliedschaft persönlich aushändigen zu können.

Ein würdiger Abschluss.

## Standortgruppe Greiding

# Mitgliederjahreshauptversammlung 12. Dezember 2024

Der Vorsitzende Markus Heinlein begrüßte die zahlreich anwesenden Mitglieder. Er übermittelte Grüße und den Wunsch eines harmonischen Verlaufs von der Bundesvorsitzenden Imke v. Bornstaedt-Küpper. Diese konnte aufgrund terminlicher Verpflichtungen dieses Mal nicht teilnehmen, hat aber auf dem Bundesvertretertag bereits angedeutet, dies alsbald nachholen zu wollen.



VBB-Versammlung 12. Dezember 2024

Vonseiten des Landesverbandes nahm Herr Rainer Zeller als Vertretung des erkrankten Kollegen Lothar Breunig teil und übermittelte die herzlichsten Wünsche.

Herr Heinlein führte durch die Tagesordnung und ging in seinem Bericht des Vorstandes dabei auf die obligatorischen Statistiken wie Vorstandssitzungen und insbesondere die Mitgliederentwicklung mit über 140 Mitgliedern ein. Hier konnte eine leichte Steigerung festgestellt werden, jedoch getrübt durch den Tod eines langjährigen Mitglieds. Es gab eine Schweigeminute für alle verstorbenen Mitglieder.

Im Anschluss ging Herr Heinlein auf die weiteren Ereignisse seit der Mitgliederhauptversammlung in 2023 ein, wie zum Beispiel die Personalratswahlen 2024, das durchgeführte Sommergrillen, aber auch die leidige Angelegenheit der doch recht spärlichen Eigeninitiativen bei Veränderungsmeldungen von Mitgliedern. Thema war aber auch der vergangene Bundesvertretertag im November 2024 in Berlin mit den Neuwahlen der Vorstandschaft und der Bearbeitung der vielen Anträge. Der Antrag „Änderung der Satzung § 13 Abs. 1 Buchstabe o)“ wurde zum Streit-

thema und führte zu einer Verlängerung der Arbeitssitzung. Herr Heinlein und Herr Zeller führten die Hintergründe (satzungsrechtliche Klarstellung zur Zuständigkeit des Bundesvorstandes bei der Aufstellung der Listen/der Listenführerschaft bei den Personalratswahlen) dazu etwas genauer aus. Der betroffene Buchstabe im Paragraphen lässt Interpretationsspielraum. Beide sind sich sicher, dass das Thema den VBB noch eine Weile begleiten wird ...

Im Anschluss bedankte sich der Vorsitzende bei den Vorstandskollegen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und übergab das Wort an den Kassenwart, Herrn Christian Vroemen. Dieser stellte in seinem Bericht die Ein- und Ausgaben des laufenden Jahres, inklusive der zu erwartenden Ausgabe der Mitgliederjahreshauptversammlung, sowie den aktuellen Kassenstand vor.

Direkt im Anschluss konnte der Kassenprüfer Herr Uwe Krosta unserem Kassenwart die vorbildliche Buchführung bescheinigen und empfahl die Entlastung. Diese erfolgte im Anschluss, ebenso die Entlastung des Vorstandes auf entsprechenden Antrag.



Bericht des Vorsitzenden Heinlein



Wahlleitung Herr Neppig



Bericht des Kassenprüfers Krosta

In diesem Jahr stand den anwesenden Mitgliedern harte Arbeit bevor, da Neuwahlen vorgesehen waren. Vom Kassenprüfer wurde als Versammlungsleiter Herr Roland Neppig vorgeschlagen, welcher diese ehrenvolle Aufgabe annahm und sie zum ersten Mal ausführte. Er konnte sie auf Basis der Vorschlagsliste und der großartigen Unterstützung der Teilnehmer ohne überraschende Gegenkandidaten überaus zügig und mit Bravour durchführen, seine Dienste werden zu gegebener Zeit sicherlich wieder in Anspruch genommen.

Herr Heinlein bedankte sich im Anschluss bei Herrn Neppig für die Wahldurchführung; weiterhin bei den bisherigen Vorstandsmitgliedern für ihre Unterstützung in den letzten Jahren sowie den neu Gewählten für ihre Bereitschaft, insbesondere auch in ihrer Freizeit zu unterstützen.

Bedingt durch die flotte Wahldurchführung konnte nun Herr Zeller etwas ausführlicher über die aktuellen Tätigkeiten des VBB berichten. Er ging auf die Themen der amtsangemessenen Besoldung – dem Stand der Gesetzgebung hierzu – und die geplante Änderung der BLV im Hinblick auf die laufbahnrechtliche Gleichwertigkeit von Abschlüssen der beruflichen Fortbildung wie Meister und Techniker mit Hochschulabschlüssen und den geplanten Sonderzugang zum gehobenen Dienst für die Berufsgruppen des technischen und naturwissenschaftlichen Dienstes ein. Weitere Infos gab es zur geplanten Einkommensrunde 2025, aber auch zu den Auswirkungen der anstehenden Neuwahl des Bundestages,



Rede Zeller, Vertreter LV Bayern



Ehrungen: Zeller, Nehr Korn, Pröll, Hader, Holzer, Heinlein (von links)



Bericht des Kassenwarts Vroemen

spricht Stillstand von Verhandlungen wichtiger Punkte, da nicht sichergestellt ist, ob die jeweiligen Ansprechpartner gleichbleibend sein werden.

Im Anschluss übernahm der Vorstandsvorsitzende gemeinsam mit Herrn Zeller die Ehrung der Mitglieder. Es wurden die Herren Pröll, Hader und Nehr Korn mit der Ehrennadel in Silber für 15 Jahre ununterbrochene Mitgliedschaft im Verband sowie Herr Holzer in Gold für 25 Jahre ununterbrochene Mitgliedschaft im Ver-

band geehrt. Herr Zeller überreichte die Urkunden, Herr Heinlein die zugehörigen Ehrennadeln. Beide gratulierten den Herren und bedankten sich im Namen des Verbandes für diese lange Treue. Urkunden und Nadeln, welche aufgrund von Abwesenheit nicht überreicht werden konnten, werden möglichst im würdigen Rahmen einer anderen Veranstaltung an die entsprechenden Mitglieder überreicht.

Nach den Ehrungen, der Bitte um Übermittlung bester Genehmigungswünsche an Herrn Breunig (über Herrn Zeller) und den Abschlussworten mit besten Wünschen zu Weihnachten und dem Jahreswechsel durch den Vorstandsvorsitzenden ging es dann mit dem gemeinsamen Essen zum gemütlichen Teil der Veranstaltung über. Ein herzlicher Dank gilt allen anwesenden Mitgliedern für ihre Teilnahme.

Durch diesen Bericht wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass sich bei den künftigen Veranstaltungen der Standortgruppe – aber auch den Tag der Bundeswehr in Greding am 28. Juni 2025 – möglichst viele Mitglieder und Offizielle des VBB angesprochen fühlen teilzunehmen und insbesondere mitzuwirken.

## Standortgruppe Landsberg/Lechfeld

# Treffen auf dem Weihnachtsmarkt Landsberg am Lech

Relativ spontan traf der Vorstand der Standortgruppe Landsberg/Lechfeld die Entscheidung, dass man sich ja auch einmal auf dem Weihnachtsmarkt in Landsberg treffen könnte. Schnell wurde ein Termin für dieses Treffen fixiert und die Mitglieder kurzfristig informiert und eingeladen.

Am 9. Dezember 2024 war es dann so weit und man traf sich zu Glühwein und Bockwurst auf dem Landsberger Weihnachtsmarkt. Aufgrund der Kurzfristigkeit hatte der Vorstand nicht mit einem großen Ansturm der Mitglieder gerechnet. Aber es kamen dann doch einige Mitglieder zu einer kleinen und netten Runde zusammen, um gemeinsam einen Glühwein, Punsch o. Ä. zu trinken und eine Runde über den Weihnachtsmarkt zu drehen.

Anschließend traf man sich wieder an einem anderen bekannten Stand, um noch eine Kleinigkeit zu essen und sich auszutauschen.

Die Teilnehmer empfanden das Treffen als eine angenehme Abwechslung im Vorweihnachtstrubel und regten eine Wiederholung im Jahr 2025 an.



Mitglieder der Standortgruppe Landsberg/Lechfeld auf dem Landsberger Weihnachtsmarkt

## Standortgruppe Landsberg/Lechfeld

# Jahres-Mitgliederversammlung 2024

Am 17. Oktober 2024 führte die VBB-Standortgruppe Landsberg/Lechfeld ihre Mitgliederversammlung des Jahres 2024 durch. Sie fand nun schon zum zweiten Mal außerhalb eines Kasernengeländes, nämlich beim Dorfwirt in Schwifting, statt. Der Einladung waren in diesem Jahr 25 Mitglieder gefolgt, davon erfreulicherweise sogar vier Personen mit Zeiten von 60 und 62 Jahren Mitgliedschaft im Verband. Der StOGrp.-Vorsitzende, Herr Markus Madersbacher, begrüßte die Teilnehmer und stellte die Tagesordnung vor. Besonders begrüßte er den Vertreter des Landesvorsitzenden Bayern, Herrn Rainer Zeller, der den erkrankten Landesvorsitzenden, Herrn Lothar Breunig, vertrat.

Nach den Grußworten des Kollegen Rainer Zeller und dem Gedenken an die verstorbenen Mitglieder blickte der Vorsitzende der Standortgruppe auf das vergangene Jahr zurück und berichtete über die durchgeführten Veranstaltungen und die Tätigkeiten des StOGrp.-Vorstandes. Weiter berichtete er von der Anfang Juni 2024 stattgefundenen Landesversammlung Bayern in Bad Reichenhall, wo fünf Vertreter der StOGrp. Landsberg teilnahmen und unter anderem den neuen Landesvorstand des VBB Bayern mitwählten. Im Anschluss stellt der Kollege Harald Sperber (Kassier) den Kassenbericht für die Standortgruppe vor. Kassenprüfer Harald Schneider bescheinigte dem Kassier eine saubere Kassenführung und schlug die Entlastung der an der Kassenführung beteiligten Personen vor.

Als nächster Punkt der Tagesordnung folgte die Ehrung langjähriger Mitglieder. Für 15-jährige Mitgliedschaft im Verband wurden geehrt: die Kollegen Harald Schneider und Markus Madersbacher. Die Kollegen Horst Kempe und Erhard Jirousch wurden für 60-jährige Mitgliedschaft mit dem Ehrenzeichen am Bande geehrt. Alle anderen Jubilaren, die nicht anwesend sein konnten, wird die Urkunde noch ausgehändigt oder auf Wunsch per Post übersandt.

Der Vorsitzende der StOGrp. Landsberg/Lechfeld bedankte sich nochmals für die langjährige und treue Mitgliedschaft der Jubilare und dankte auch dem Kollegen Zeller vom Vorstand des Landesverbandes Bayern für sein Kommen und die interessanten Ausführungen zu den verschiedenen Themenbereichen.

Zum Abschluss waren die Teilnehmer der Veranstaltung noch zum Abendessen eingeladen und konnten in geselliger Runde diskutieren oder über „alte Zeiten“ sprechen. ■



## Standortgruppe Berlin

# Jahresabschlussfeier

Unter großer Beteiligung hat die Standortgruppe Berlin am 5. Dezember 2024 ihre Jahresabschlussfeier bei gutem weihnachtlichen Essen und Getränken im Zusammensein mit dem Vorsitzenden des Bereichs VII, Steffen Espig, und seiner Stellvertreterin Astrid Bittkau begangen. Die Gelegenheit nutzend, konnte unser langjähriges aktives Mitglied Uwe Geißler, der in besonderem Maße die Arbeit der Standortgruppe unterstützt hat, geehrt werden.

### Bereich VII: Brandenburg/Berlin/ Freistaat Sachsen/Sachsen-Anhalt/ Freistaat Thüringen

Bereichsvorsitzender: Steffen Espig  
 VBB Bereich VII  
 Telefon (dienstl.): 0228 – 12 12 602  
 E-Mail: SteffenEspig@bmv.g.bund.de  
 Postanschrift:  
 Frau Vanessa Rudolph / Frau Susann Köhler  
 VBB Bereich VII  
 BwDLZ Dresden  
 August-Bebel-Straße 19  
 01219 Dresden

Nachdem das Sommerfest der Standortgruppe diesmal in Potsdam stattfand, ging es zur Jahresabschlussfeier dieses Mal in den Nordosten Berlins in das Restaurant Landhaus Pankow. Dabei stellte sich die Anreise für alle als herausfordernd dar: Störungen bei S- und U-Bahn sowie Stau sorgten unerwartet noch für Stress vor der gemütlichen Feier. Nachdem diese Hindernisse überwunden waren, berichtete der Standortgruppenvorsitzende Timo Kade vom gerade erst beendeten VBB-Bundesvertretertag und konnte mit einem besonderen Geschenkpaket unser Mitglied Uwe Geißler, der im Herbst in den wohlverdienten Ruhestand trat, ehren. Uwe Geißler und seine Frau Petra sind nicht nur aktive Mitglieder, die wir regelmäßig bei unseren Veranstaltungen begrüßen dürfen. Vielmehr hat Uwe Geißler sich immer wieder bei der Organisation von Veranstaltungen und Veranstaltungsorten eingebracht und nicht wenige Veranstaltungen erst dadurch ermöglicht. Eine Aufmerksamkeit war da mehr als angebracht. Wir wünschen Uwe Geißler, dass er seinen Ruhestand genießen wird und weiterhin aktiv in unserer Standortgruppe bleibt!

Nach dem Dank des Standortgruppenvorsitzenden an den gesamten Vorstand und besonders an Nico Billhardt für die Unterstützung der Verbandsarbeit in der Standortgruppe Berlin, richtete



te unser Bereichsvorsitzender Steffen Espig das Wort an alle und berichtete von den Ergebnissen der Bundesvertretertage. Danach ging es zum gemütlichen Teil der Veranstaltung bei gutem Essen und Getränken sowie zu vielen guten Gesprächen über. Wir freuen uns also auf die nächsten Veranstaltungen in 2025!

Bleibt, allen ein frohes neues Jahr zu wünschen!

## BMVg Berlin

# Mitgliederehrung

Unter dem Motto „Martinsessen“ hat die Gruppe BMVg Berlin des Bereiches VIII zur Mitgliederehrung 2024 eingeladen.

Es galt, sechs Kolleginnen und Kollegen zu ehren, die auf eine 15-, 25- und sogar auf eine 50-jährige Mitgliedschaft im VBB zurückblicken können. Und auch wenn die Satzung es nicht vorsieht, wurde drei Mitgliedern zu ihrer Mitgliedschaft von 5, 10 und 20 Jahren gratuliert. Denn, „Ehrungen, das ist, wenn die Gerechtigkeit ihren guten Tag hat.“ (Konrad Adenauer)



## VBB-Bereich VIII: Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)

**Bereichsvorsitzender: Daniel Klein**  
 BMVg H II 1  
 Bundesministerium der Verteidigung  
 Fontainengraben 150  
 53123 Bonn  
 Telefon: 0228 – 12 17 442  
 Telefax: 0228 – 12 33 43 740  
 E-Mail: [bereich8@vbb-bund.de](mailto:bereich8@vbb-bund.de)

Auch wenn nicht alle zu Ehrenden anwesend sein konnten, um die Auszeichnung persönlich entgegenzunehmen, war es eine sehr gelungene Veranstaltung; nicht zuletzt durch die gemütliche Atmosphäre im Restaurant und das vorzügliche Martinsgansessen.

Aufmerksam wurde auch den Berichten über den gerade erst abgeschlossenen Bundesvertretertag gefolgt. Die Themen, die dort zu Schwerpunkten der Arbeit des VBB erklärt wurden, fanden bei den Teilnehmenden großes Interesse.

Insbesondere haben einige VBB-Mitglieder das erste Mal die Gelegenheit genutzt, um sich wieder mit anderen Kolleginnen und

Kollegen aus dem Bereich VIII des BMVg in Berlin auszutauschen. Das zeigt, dass durch kontinuierlichen Einsatz und das stetig wachsende Angebot der Ansprechbarkeit der VBB im BMVg in Berlin immer stärker positiv wahrgenommen wird.



## Bereich IX

# Die VBB-Seniorinnen und -Senioren des Bereichs IX trafen sich wieder in vertrauten Räumen im Soldatenheim Koblenz, Horchheimer Höhe

Die Seniorenbeauftragte des Bereichs IX, BAAINBw, Brigitte Kindel, hatte wieder zu einer lockeren Runde ins Koblenzer Soldatenheim eingeladen.

Dabei lag das Soldatenheim Koblenz für die dort stationierten Soldatinnen/Soldaten nur bis 1992 in der Trägerschaft der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS). Heute hingegen ist es eine Einrichtung unter der Trägerschaft des Caritasverbandes Koblenz, ist für jedermann zugänglich und wird hervorragend betrieben. Der Name Soldatenheim ist aber in aller Munde geblieben.



In der Einladung hatte Frau Kindel einen Vortrag des Kollegen Rainer Friedrich angekündigt zum Thema „Vor-Tour der Hoffnung – die größte Benefizradveranstaltung in Rheinland-Pfalz zugunsten krebskranker und hilfsbedürftiger Kinder“. Rainer Friedrich ist es hervorragend gelungen, den Anwesenden das Projekt vorzustellen und ans Herz zu legen. Gleichzeitig gab er fantastische Einblicke darüber, wie man das Hobby Radsport mit Benefiz erfolgreich miteinander verbinden kann.

In früheren Jahren hatten an Leukämie erkrankte Kinder eine durchschnittliche Chance auf Heilung von circa 60 Prozent. Mittlerweile ist die Chance auf über 80 Prozent gestiegen. Damit ist zwar ein Fortschritt erreicht, jedoch stirbt noch immer eines von fünf Kindern, wenn es an einer so bösartigen Erkrankung leidet. Die Fakten sind klar – gesunde Kinder haben 1.000 Wünsche, kranke Kinder nur einen, nämlich endlich wieder gesund zu sein,

## Bereich IX: BAAINBw Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

Bereichsvorsitzender: Klaus Schütte  
 Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik  
 und Nutzung der Bundeswehr  
 Bezirkspersonalrat beim BAAINBw  
 Ferdinand-Sauerbruch-Straße 1  
 56073 Koblenz  
 Telefon (dienstlich): 0261 – 40 01 24 40  
 E-Mail: Klaus1schuette@bundeswehr.org

wie früher rumtollen zu können. Klar, dass man da alles versucht, diesen einen großen Wunsch zu erfüllen – und genau diese Aufgabe haben sich die Radfahrer und Kümmerer der Vor-Tour der Hoffnung ins Herz geschrieben.

So kümmern sie sich das ganze Jahr über um die Kids, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Sie planen Veranstaltungen, Konzerte, Schul- und Kindergartenaktionen, Weihnachtsmärkte und Verlosungen, Firmenfeste, Vereinsfeste, Firmenspenden und vieles weitere und generieren so Spendengelder für die gute Sache. Die Gelder fließen auf die Konten der Vor-Tour und als Highlight gibt es dann jedes Jahr die dreitägige Benefizradtour der Kümmerer mit ihren Rennrädern in unterschiedliche Regionen unseres Bundeslandes Rheinland-Pfalz und in angrenzende Gebiete.



Ganz wichtig ist die Aussage der Verantwortlichen der Vor-Tour der Hoffnung: „Wir sammeln in der Region für die Region.“ Alle Spendengelder gehen eins zu eins in den großen Spendentopf und kommen den krebserkrankten und hilfsbedürftigen Kindern sowie der Kinderkrebsforschung zugute. Alle Kosten, die nebenher anfallen, tragen die Radsportler/Kümmerer selbst, außerdem geben sie zu jeder Tour noch ein festgelegtes Satteldgeld in den Spendentopf!

Im Herbst eines jeden Jahres gehen die Spendengelder ohne jeglichen Abzug an Einrichtungen im Land, die sich in der Vor-/Nachsorge um betroffene Kinder kümmern. Die Übergabe an die Einrichtungen erfolgt im rheinland-pfälzischen Landtag in Mainz. So stehen zum Beispiel in diesem Jahr aus der Vor-Tour 2024 in der Region Hunsrück-Mosel-Nahe Spenden in Höhe von sage und schreibe 750.000 Euro für die Verteilung zur Verfügung – der höchste Betrag in der Geschichte der fast 30 Jahre rollenden Vor-Tour der Hoffnung.

## Hinweis

### Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) veröffentlicht im VBB-Magazin regelmäßig persönliche Nachrichten aus folgenden Anlässen: Personalnachrichten (Beförderung, Eintritt in den Ruhestand) und Trauerfälle. Veröffentlicht werden hierbei Name, Vorname, Amtsbezeichnung und Zugehörigkeit zur VBB-Standortgruppe beziehungsweise Wohnort. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f)

EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO). Die Veröffentlichung erfolgt aufgrund der Meldung durch die Bereiche/Landesverbände, der Standortgruppe oder der Veränderungsanzeige durch das Mitglied selbst.

Wenn Sie eine Veröffentlichung nicht wünschen, können Sie dieser jederzeit widersprechen. Es genügt eine Mitteilung in Textform. Ein Widerspruch per E-Mail kann gesendet werden an [mail@vbb-bund.de](mailto:mail@vbb-bund.de). Soweit Veröffentlichungen fehlerhaft sind, werden sie selbstverständlich in korrigierter Form erneut bekannt gegeben. Die wiederholte und korrigierte Bekanntgabe wird dann mit dem Buchstaben (K) gekennzeichnet. Die Schriftleitung bittet darum, fehlerhafte Bekanntgaben rasch zu melden, damit zeitnah eine Korrektur veranlasst werden kann, und entschuldigt sich bei den Betroffenen für das Versehen.



Die Vor-Tour 2025, sie wird die 28. Tour sein, befindet sich bereits in der Planung. Sie wird am ersten Juliwochenende drei Tage in der schönen Pfalz mit Abstecher ins benachbarte Elsass stattfinden, jeweils mit Start und Ziel in Landau. Die Besucherinnen und Besucher des Seniorentreffens lauschten sehr interessiert dem Vortrag von Herrn Friedrich, der auch noch einige Filmbeiträge parat hatte, und damit das Benefizthema anschaulich untermauerte.

Zu guter Letzt gab es noch viele Erklärungen zu dem eigens dafür mitgebrachten Rennrad, der Ausstattung, zu Trainingsabläufen und es gab wertvolle Tipps für den gesunden Radsport. Die Begeisterung des Kollegen Friedrich für diesen Sport hatte an dem Nachmittag jeder verstanden – lieber drei Stunden aufs Rennrad als eine halbe Stunde oder länger (!) zum Arzt ins Wartezimmer! Wenn das künftig alle beherzigen, dürfte es uns richtig gut gehen!

Im Anschluss an den Vortrag von Herrn Friedrich übernahm Frau Kindel wieder das Wort, und sie war sichtlich begeistert von dem Gehörten. Gerne bat sie die Seniorinnen und Senioren, die Vor-Tour der Hoffnung zu unterstützen. So wurde ganz spontan eine Spende von 95,10 Euro gesammelt und für die gute Sache übergeben. Toll, die Vor-Tour der Hoffnung sagt ganz herzlich Danke.

Im weiteren Verlauf der Nachmittagsveranstaltung gab es dann noch viele gute Gespräche miteinander und alle waren froh, sich wieder getroffen zu haben.

## Zudem ...

... kann es sein, dass zahlreiche der genannten Ereignisse in den Personalnachrichten schon einige Zeit zurückliegen, da sie uns erst jetzt zur Kenntnis gelangen.

Dennoch soll auf eine Veröffentlichung nicht verzichtet werden. Wir meinen, dass das im überwiegenden Interesse der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist.

Schriftleitung

## PERSONALNACHRICHTEN

### Wir gratulieren zur Ernennung

#### der Leitenden Regierungsdirektorin

Ricarda Mehl, Hürth (Bundessprachenamt)

#### der Oberregierungsrätin

Judith Artz, BAIUDBw

#### dem Oberregierungsrat

Marco Henn, BAAINBw  
Christian Neudeck, BAAINBw

#### dem Technischen Oberregierungsrat

Wolfgang Zwickelpflug, BAAINBw  
Stefan Axmann, Mannheim

#### der Regierungsoberamtsrätin

Madlen Ebner, BAAINBw

#### dem Regierungsoberamtsrat

Peter Heythausen, Dieepholz  
Thomas Theis, Landsberg/Lechfeld

#### dem Technischen Regierungsoberamtsrat

Matthias Trabs, Wilhelmshaven II

#### der Regierungsamtsrätin

Claudia Porschert, Greding  
Nicole Koch, Düsseldorf  
Claudia Dohm, Wilhelmshaven II

#### dem Technischen Regierungsamtsrat

Felix Krupp, BAAINBw  
Tobias Lorenz, Wilhelmshaven II

#### der Regierungsamtsfrau

Christiane Haardt, Koblenz

#### dem Regierungsamtmann

Timo Nerling, Trier  
Philipp Cordes, Münster

#### der Technischen Regierungsamtsfrau

Sarah Hermes, Greding  
Christin Meichsner, Greding

#### dem Technischen Regierungsamtmann

Tobias Schmidt, Greding  
Carsten Burger, Euskirchen

#### der Regierungsoberinspektorin

Ulrike Nörthemann, Hannover

#### dem Regierungsoberinspektor

Dirk Kemna, Düsseldorf

#### dem Technischen Regierungsoberinspektor

Michael Kerger, Wilhelmshaven II

#### der Regierungsamtsinspektorin

Judith Koritsch, Burg

#### dem Regierungsamtsinspektor

Kevin Ueberick, Greding

#### der Hauptbrandmeisterin

Franziska Fischer, Hammelburg/Wildflecken

#### dem Technischen Regierungsinspektor

Stefan Harnisch, Wilhelmshaven II  
Thomas Kunz, Wilhelmshaven II

#### der Regierungshauptsekretärin

Christina Richhardt, Berlin  
Dina Hülle, Hamburg  
Bianka Schulz, Hamburg

#### dem Regierungshauptsekretär

Stephan Scherm, Aachen/Jülich

#### dem Oberbrandmeister

Philip Heß, Niederstetten

#### der Regierungsobersekretärin

Diana Scholl, Münster

#### dem Regierungsobersekretär

Gerret Engelhardt, Homberg

### Alle guten Wünsche zum Ruhestand

#### der Leitenden Regierungsdirektorin a.D.

Helga Kugler, München/Fürstfeldbruck

#### dem Leitenden Regierungsdirektor a.D.

Olaf Lentzen, Bergen

#### dem Technischen Regierungsdirektor a.D.

Manfred Lingscheid, BAAINBw

#### dem Regierungsdirektor a.D.

Dr. Nikolaus Schneider, Munster

#### dem Regierungsoberamtsrat a.D.

Burkhard Finder, Munster  
Norbert Bois, Kiel  
Birger Ulke, Düsseldorf

#### dem Technischen Regierungsoberamtsrat a.D.

Ludger Beck, Meppen  
Wilfried Huisinga, Wilhelmshaven II

#### dem Regierungsamtsrat a.D.

Wilfried Schüller, Trier  
Josef Grötsch, Nord-Oberpfalz

#### dem Technischen Regierungsamtsrat a.D.

Dieter Büntjen, Wilhelmshaven II

#### dem Technischen Regierungsamtmann a.D.

Erich Meenken, Oldenburg  
Ulrich Koslowski, Aachen/Jülich

#### dem Regierungsamtsinspektor a.D.

Ralph Saupe, Kiel

Ulrich Nielebock, Hannover

#### dem Hauptbrandmeister a.D.

Ulrich Peters, Bremerhaven

#### dem Technischen Regierungsamtsinspektor a. D.

Sven-Uve Jahn, Kiel

#### dem Regierungshauptsekretär a.D.

Thomas Jacobi, Leer

#### der Bibliothekshauptsekretärin a.D.

Astrid Koops, Ulm

#### dem Betriebsassistent a.D.

Lothar Leimgruber, Sonthofen/Kempten

### In stiller Trauer ...

#### ... gedenken wir unserer verstorbenen Kollegen

dem Regierungsobersekretär a.D. Siegfried Böhm, Freising  
dem Regierungsoberamtsrat a.D. Edmund Essing, Sankt Augustin  
dem Regierungsamtmann a.D. Wolfgang Fellenberg,  
Rotenburg/Wümme

dem Technischen Regierungsamtmann Siegfried Heber,  
Eckernförde

dem Regierungshauptsekretär a.D. Detlef-Peter Heine, Hamm

dem Regierungshauptsekretär a.D. Georg Hemb, Polling

dem Regierungsamtmann a.D. Manfred Hering, Unna

dem 1. Direktor BAAINBw a.D. Dr. Günter Herrmann, Vallendar

dem Regierungshauptsekretär a.D. Horst Hirlehei,  
Westfalen Mitte

dem Regierungsdirektor a.D. Michael Klapper-Andresen,  
Glücksburg

dem Technischen Regierungshauptsekretär Holger Klein,  
Oldenburg

dem Regierungsoberamtsrat a.D. Roland Klomfaß, Düsseldorf

dem Amtsinspektor a.D. Herold Lampe, Ovelgönne

dem Regierungsamtsinspektor Bernd Leithold, Wilhelmshaven

dem Technischen Regierungsoberamtsrat a.D. Alfred Piduhn,  
Dorsten

dem Regierungsoberamtsrat a.D. Ulrich Rosin, Hannover

dem Regierungsdirektor a.D. Wolfgang Scherff, Bonn

dem Oberregierungsrat Frank Schmitz, Much

dem Regierungsamtsinspektor a.D. Thorsten Stoß, Weinstadt

dem Regierungsamtmann a.D. Franz Tistler, Mosbach

dem Regierungsamtsrat a.D. Rolf Zepter, Schwentimental

Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen

# Es geht um die Konkurrenzfähigkeit des Staates

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen haben am 24. Januar 2025 in Potsdam begonnen. Der Personalmangel im öffentlichen Dienst wird drastisch zunehmen, wenn es keine spürbaren Einkommenszuwächse gibt. Bund und Kommunen stehen vor zukunftsweisenden Verhandlungen. Ein Angebot der Arbeitgebenden gab es nicht.

**D**er Mangel jetzt: 570 000 – altersbedingte Abgänge in den nächsten zehn Jahren: 1,4 Millionen Beschäftigte. Wenn wir die Bezahlung im öffentlichen Dienst nicht deutlich verbessern, riskieren wir eine existenzielle Krise“, erklärte dbb Verhandlungsführer Volker Geyer vor Beginn der Gespräche in Potsdam. Der dbb warnt seit Jahren vor einem sich zuspitzenden Personalnotstand, den selbst KI, Digitalisierung und Bürokratieabbau nicht voll kompensieren können. Geyer: „Wir brauchen aber nicht nur mehr Geld in der Lohntüte, sondern auch zusätzliche freie Tage sowie ein ‚Mehr-Zeit-für-mich-Konto‘, mit dem die Beschäftigten ihre Zeit flexibler einteilen können. Beim Geld allein wird die Privatwirtschaft den Staat immer abhängen, deshalb ist für die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes auch ein Faktor wie Arbeitszeitsouveränität entscheidend. Ich hoffe sehr, Bund und Kommunen begreifen den Ernst der Lage und legen schnell ein abschlussorientiertes Angebot vor. Anderenfalls stehen wir vor einem harten Tarifkonflikt.“

Im Interview mit der WirtschaftsWoche hatte Geyer zuvor die Überlastung in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes thematisiert und klargestellt, dass die Forderung nach drei zusätzlichen freien Tagen nicht im Widerspruch zum besorgniserregenden

Fachkräftemangel steht: „Viele Kolleginnen und Kollegen schieben einen Berg von Überstunden vor sich her. Das kann man den Beschäftigten nicht auf Dauer zumuten. Zusätzliche freie Tage tragen dazu bei, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Arbeitnehmer zu erhöhen“, erklärte Geyer am 22. Januar auf wiwo.de. Hinsichtlich der Finanzierung zeigte sich Geyer wenig besorgt: „Der deutsche Staat ist nicht arm; seine Steuereinnahmen haben mittlerweile die Grenze von einer Billion Euro pro Jahr überschritten. Es kommt auf die Prioritätensetzung an. Es ist so viel Geld im Staatsäckel wie nie zuvor.“ Deshalb sei es auch für den dbb ganz klar, dass ein möglicher Tarifabschluss zeitgleich und systemgerecht auf



Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben ihren Forderungen vor Verhandlungsbeginn in Potsdam Nachdruck verliehen. Für den dbb führt Tarifchef Volker Geyer die Verhandlungen.

Besoldung und Versorgung des Bundes übertragen werden muss. „Ein Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten ist für uns nicht verhandelbar.“

Vom Ausgang der ersten Verhandlungsrunde zeigte sich Geyer enttäuscht und bezeichnete es als inakzeptabel, wenn Bund und Kommunen zielführende Verhandlungen verzögern. „Unsere Forderungen liegen seit dem 9. Oktober vergangenen Jahres vor. Wo bleiben die konkreten Angebote von Bund und Kommunen? Wenn Bundesinnenministerin Nancy Faeser und VKA-Präsidentin Karin Welge uns in den Verhandlungen nur immer wieder die Finanzkrise der Kommunen vorhalten, kommen wir hier keinen Schritt weiter“,

kritisierte Geyer nach Ende der Gespräche und unterstrich den Anspruch der Beschäftigten auf spürbare Einkommenszuwächse: „Die Finanzausstattung der Kommunen ist nicht aufgabengerecht. Daran sind aber nicht die Kolleginnen und Kollegen



Auftakt ohne Angebot: Die Gewerkschaften stellen sich auf zähe Verhandlungen ein.

schuld, sondern Bund und Länder. Die Kommunen sollen sich das Geld bei denen holen, die die enorme Aufgabenlast zu verantworten haben. Die Beschäftigten werden aber auf keinen Fall ein ‚Sonderopfer Haushaltssanierung‘ akzeptieren. Es wird deshalb sicher zu Warnstreiks und Protestaktionen kommen, für die ich die Bevölkerung schon jetzt um Verständnis bitte. Bund und Kommunen lassen uns keine andere Wahl.“

## Webtipp

Mehr Infos, Bilder und Hintergrundberichte zur Einkommensrunde im Web unter [dbb.de/einkommensrunde](https://dbb.de/einkommensrunde)



66. dbb Jahrestagung

# Deutschland im Wahljahr – Fragen und Erwartungen

© Marco Urban (4)

Die Gefährdung der Demokratie durch populistische Kräfte, eine veränderte Sicherheitslage in Europa, angespannte Haushalte und eine alternde Gesellschaft – die Bundesrepublik Deutschland muss mit den größten Disruptionen seit dem Zweiten Weltkrieg umgehen. Politik und Gesellschaft müssen Antworten finden. Im Mittelpunkt der Krisenbewältigung steht der öffentliche Dienst als Garant für rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse. Im Vorfeld der Bundestagswahl suchten Gäste aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft auf der 66. Jahrestagung des dbb vom 5. bis 7. Januar 2025 in Köln gangbare Wege aus der Dauerkrise.

**F**ür den dbb sind massive Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge ein Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des Staates – die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sieht das ähnlich, wie das Meinungsforschungsinstitut forsa für den dbb herausgefunden hat: Investitionen in den Ausbau der staatlichen Daseinsfürsorge, in Bildung, Sicherheit und Infrastruktur halten demnach 67 Prozent der Bevölkerung für sehr wichtig. Demgegenüber halten nur 20 Prozent der Befragten die Beibehaltung der Schuldenbremse und den Abbau von Alt-schulden oder allgemeine Steuersenkungen für dringend not-

wendig. Das machte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Volker Geyer** in seinem Impulsvortrag auf der dbb Jahrestagung am 6. Januar 2025 in Köln deutlich: „Die Menschen wollen keinen Schuldenfetisch, die Menschen wollen Straßen, Schulen und Schutzpolizei. Schuldenbremse hin oder her: Diese Investitionen müssen Priorität haben!“

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates sei auf einem historischen Tiefstand, erinnerte Geyer an entsprechende Erhebungen aus dem vergangenen Sommer. Die



Volker Geyer

Folgen seien gefährlich. „Wo das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen schwindet, da schwindet auch der Respekt vor seinen Beschäftigten. Und wo der Respekt schwindet, da wird der Weg zur Gewalt immer kürzer“, so der dbb Vize. Das hätten etwa die jüngsten Angriffe auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht einmal mehr deutlich gemacht. Die Erwartung an die Politik sei daher, für ein funktionierendes Gemeinwesen zu sorgen. Geyer: „Dazu gehört die Stadtbücherei. Das Schwimmbad. Die Schule. Die Polizei. Die Straße. Die Bahn. Kurz: Zu einer Demokratie gehört ein funktionierender Staat!“ Der dbb erwartet erste konkrete Schritte bereits in der Ende Januar beginnenden Einkommensrunde mit Bund und Kommunen und fordert Entgelterhöhungen im Volumen von acht Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich sowie mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes drängt der dbb weiterhin auf eine verfassungskonforme Besoldung sowie eine Rückführung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 39 Stunden.



Simone Fleischmann

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Simone Fleischmann** hatte die Tagung zuvor in Vertretung des erkrankten dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach und des ebenfalls erkrankten zweiten Bundesvorsitzenden Waldemar Dombrowski eröffnet und einen breiten politischen und gesellschaftlichen Dialog angeregt: „Die schrecklichen Bilder des vergangenen Jahres beim Anschlag von Magdeburg, Desinformationskampagnen, Angriffe

auf die Demokratie und die sich zuspitzende Wirtschaftskrise zeigen, wie verletzlich das Staatswesen ist. Deshalb ist das Forum, das die Jahrestagung des dbb in politisch bewegten Zeiten bietet, wichtiger denn je.“ Vor allem gelte es, Wege zu finden, die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sichern und die Belastungen für die Beschäftigten abzufedern. 2025 sei ein entscheidendes Jahr für Deutschland und Europa. „Bei der vorgezogenen Bundestagswahl stehen die demokratischen Kräfte in der Verantwortung, die richtigen Weichen zu stellen.“

Die Oberbürgermeisterin von Köln, **Henriette Reker**, bezeichnete die Bundestagswahl als Stimmungstest, über dem die Sorge um die Demokratie stehe, da populistische und rechte Parteien im Aufwind seien. „Die Keimzellen der Demokratie sind die Kommunen. Dort erleben die Menschen den Staat vor Ort. Was dort nicht funktioniert, kratzt direkt am Vertrauen der Bevölkerung in den Staat.“ Dass auf kommunaler Ebene vieles nicht funktioniert, liege nicht



Henriette Reker

an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sondern liege in strukturellen Problemen begründet. Reker forderte in diesem Zusammenhang erneut eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen und kritisierte den steigenden Mehraufwand für Pflicht- und neue kommunale Aufgaben.

Vor allem dürfe das Konnexitätsprinzip nicht permanent gebrochen werden. Es soll eigentlich sicherstellen, dass keine kostenintensiven Aufgaben vom Land auf die kommunale Ebene übertragen werden, ohne dass die Kommunen für diese Mehrbelastung vom Land einen entsprechenden Ausgleich erhalten. Weiter plädierte Reker für einen beschleunigten Wohnungsbau: „Hierbei Zeit zu verlieren wäre fatal, denn in Städten wie Köln ist Wohnen mittlerweile zu einer sozialen Frage geworden, die Sprengkraft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt besitzt.“ Neues Vertrauen in den Staat könne nur wachsen, wenn Erwartungen und Realisierbarkeit in Einklang stünden. Dazu seien leistungsfähige Verwaltungen nötig, die wettbewerbsfähige Gehälter zahlen und personell wie materiell gut ausgestattet sind. „Die Krisen unserer Zeit dürfen uns nicht lähmen, denn es gibt Lösungen, die umgesetzt werden können.“ Die Kommunen stünden dabei im Mittelpunkt der Daseinsvorsorge und müssten wieder stärker berücksichtigt werden, wenn es um die Umsetzung neuer Gesetze geht. „Dann werden wir unsere Aufgaben als Keimzellen der Demokratie erfüllen können.“ *ef, br*

## Der Staat muss Orientierung bieten

Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat, lobte in ihrer Rede am 6. Januar 2025 auf der dbb Jahrestagung die Leistungen des öffentlichen Dienstes und sprach sich für mehr Schutz und Investitionen aus.

Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat der Demokratie und des Rechtsstaates und ist ein Garant für Sicherheit und den Schutz der Freiheiten“, sagte Faeser am 6. Januar 2025 in Köln. „Mein Dank gilt den fünf Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.“ Auch sie sehe, dass sowohl der öffentliche Dienst als auch die Demokratie unter Druck stehen: „Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, ist nicht einfacher geworden. Wir haben auch im öffentlichen Dienst Fachkräftemangel und konkurrieren mit der freien Wirtschaft.“ Damit Deutschland gut aufgestellt ist, bedarf es eines gut aufgestellten öffentlichen Dienstes.

Dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit des Staates nachlässt, könne sie im Licht der Zeitenwende nachvollziehen. „Wichtig ist, dass die Politik die Bürgerinnen und Bürger nicht mit ihren Sorgen alleinlässt. Der Staat muss in Krisenzeiten Orientierung bieten.“ Gleichzeitig gehen der Respekt und der positive Umgang immer mehr verloren. Als Beispiel nannte sie die Gewalt an Silvester: „Einsatzkräfte wurden an ihrer Arbeit gehindert und sogar angegriffen. Das ist völlig inakzeptabel und muss harte Konsequenzen haben.“ Gewalt betreffe aber auch die Beschäftigten in der Verwaltung. Der BMI-Gewaltstudie zufolge habe bereits jede beziehungsweise jeder vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst Gewalt erlebt. Um das einzudämmen, müssen unter anderem präventive Strategien entwickelt werden. „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind das Gesicht des Staates und verdienen mehr Schutz.“

Mit Blick auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaft einerseits sowie Bund und Kommunen andererseits sprach Faeser von herausfordernden Rahmenbedingungen. Es könne aber gelingen, „einen Interessenausgleich zu finden, ohne den Pfad des Konstruktiven zu verlassen“. An ein paar



Stellen sei sie sich mit dem dbb sogar einig: „Für einen starken öffentlichen Dienst braucht es ausreichend Geld und Personal. Aber nicht nur das, auch die Arbeitsbedingungen müssen stimmen.“ Eine Zeit lang sei es schick gewesen, im öffentlichen Dienst zu sparen, jetzt aber sei es an der Zeit für Investitionen.

Im anschließenden Schlagabtausch mit der Bundesministerin des Innern setzte sich dbb Vize Volker Geyer erneut für die Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit der Bundesbeamten von 41 auf 39 Stunden ein: „Uns ist bewusst, dass wir für die Rückführung mehr Personal brauchen. Aber es gibt durchaus gute Beispiele, wie das gelöst werden kann, wie in Hessen, wo Arbeitszeitkonten eingeführt worden sind. Das könnten Sie morgen per Verordnung umsetzen.“ Mit Blick auf die lahme Digitalisierung in der Verwaltung kritisierte Geyer, dass viele der bisher im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes digitalisierten Prozesse nur teilweise online ablaufen, um am Ende im Analogen zu stranden: „Wenn der Online-Kindergeldantrag zu guter Letzt ausgedruckt und abgeheftet werden muss, ist das nicht das, was ich unter Digitalisierung verstehe. Da müssen wir einfach schneller und besser werden“, besonders im Hinblick auf den sich stetig verschärfenden Personalmangel in der Verwaltung. „Die Beschäftigten wünschten sich technologische Innovationen und sind bereit für die Umsetzung.“ *br, dsc, ef*



Die Fernsehjournalistin Anke Plättner (links) moderierte die Diskussion zwischen Nancy Faeser und Volker Geyer.

Paneldiskussion zur Bundestagswahl

# Große Koalition für Digitalisierung

Vertrauen in den Staat zurückgewinnen – die Frage, wie das gelingen kann, bildete den Schwerpunkt der ersten Paneldiskussion der dbb Jahrestagung am 6. Januar 2025 in Köln.



In der Diskussion: Volker Geyer, Christian Haase, Konstantin Kuhle, Ingo Schäfer und Irene Mihalic; moderiert von Anke Plättner (von links).

Die Frage nach dem Vertrauen in den Staat sei eng damit verknüpft, wie der öffentliche Dienst aufgestellt ist, unterstrich dbb Vize **Volker Geyer**. Einem pauschalen Stellenabbau erteilte er eine klare Absage. Dies gelte auch für die oft geschmähten Bundesministerien. „Nur weil sie oben Leute wegnehmen, werden es unten ja nicht automatisch mehr“, sagte Geyer. „Bevor wir über Stellenabbau reden, müssen wir über Aufgabenkritik reden. Ein pauschaler Abbau macht keinen Sinn.“ Ein Dorn im Auge ist dem dbb Vize die schleppende Verwaltungsdigitalisierung, die das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates schmälert: „Es kann doch nicht sein, dass wir es nicht schaffen, dieses Land zu digitalisieren. Da brauchen wir mal eine ganz, ganz große Koalition.“

**Christian Haase**, MdB, CDU/CSU-Fraktion, attestierte, dass der öffentliche Dienst künftig mit weniger Personal auskommen müsse: „Wir werden keine Eins-zu-eins-Nachbesetzung offener Stellen hinbekommen.“ Deshalb seien Digitalisierung und die Einführung von KI so bedeutsam. Auch parallel ausgegebene Leistungen müssten konsequenter vermieden werden, sagte der ehemalige Bürgermeister von Beverungen. Zur Frage der Finanzierbarkeit von Reformen verwies der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag auf die Probleme der Kommunen: „Auf Kommunalebene haben wir ein Ausgabenproblem, aber es ist kein selbst verursachtes.“ Die kommunale Ebene müsse im Gesetzgebungsprozess weit stärker berücksichtigt werden.

Mehr Milei und Musk wagen – mit dieser Forderung hatte FDP-Chef Christian Lindner für Aufsehen gesorgt. „Kettensägen gehören nicht zu meinen Sprachbildern“, sagte **Konstantin Kuhle**, FDP-Berichterstatler für den öffentlichen Dienst. „Ich bin froh, dass wir nicht die politische Kultur der USA und nicht die dysfunktionale Struktur des öffentlichen Dienstes in Argentinien haben.“ Kuhle betonte, dass – trotz bestehender Probleme – in Deutschland vieles im internationalen Vergleich gut funktioniere,

beispielsweise mit Blick auf die kaum ausgeprägte Korruption. Aber: „Wenn der Staat sich etwas Neues ausdenkt, dann darf das nicht geschehen, ohne an die Umsetzung zu denken.“ Es könne nicht sein, dass die Politik Gesetze oder Leistungen beschließt, aber nicht geklärt sei, wer sie umsetzt.

**Irene Mihalic** (Bündnis 90/Die Grünen) sah die meisten Menschen darin einig, einen funktionierenden Staat zu präferieren. Wenn etwa Digitalisierung nicht funktioniere, liege das Problem nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern an den Rahmenbedingungen, die verbessert werden müssten. Dabei gab Mihalic zu bedenken, dass sich alle EU-Staaten an dieselben rechtlichen Rahmenbedingungen halten müssen. Dennoch gelägen Digitalisierungsprojekte in vielen anderen Ländern schneller und umfassender als in Deutschland: „Auch wir als föderaler Staat hätten bis heute viel besser sein müssen.“ Aufgrund demografischer Faktoren müsse zudem die Frage beantwortet werden, wie Deutschland seine Aufgaben auch mit weniger Personal bewältigen kann. „Es wird darum gehen, Effizienzgewinne zu heben. Das muss als Bund-Länder-übergreifende Aufgabe betrachtet und diskutiert werden. Es ist frustrierend, dass die Lösungen bereits lange bekannt sind. Statt sie umzusetzen, werden sie zwischen den Zuständigkeiten zerrieben.“

Als ehemaliger Feuerwehrmann beklagte **Ingo Schäfer** (SPD), dass viele Kolleginnen und Kollegen am Limit arbeiten. „Wenn sie zum Beispiel über Jahrzehnte mehr als 100 Prozent Leistung bringen, dann krank werden und sich am Ende noch anhören müssen, sie wollten sich der Arbeit entziehen – dann macht das den öffentlichen Dienst nicht gerade attraktiver.“ Ferner könnten Millionen Überstunden nicht abgegolten werden, was zeige, dass nicht nur Besoldung und Tarif entscheidende Faktoren für die Attraktivität eines Arbeitsplatzes seien. „Die Rahmenbedingungen der Beschäftigung im öffentlichen Dienst müssen stimmen, damit er zukunftsfähig wird.“

ada, br, cdi, ef

Vortrag und Diskussion über die Stabilität der Demokratie

## Sanierungsplan für die Schlechtwetterphase

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D., sprach bei der dbb Jahrestagung am 6. Januar 2025 in Köln über die Herausforderungen des Rechtsstaates und die Zukunft der Demokratie. Expertinnen und Experten diskutierten, wie eine wehrhafte Verwaltung die Demokratie schützt.



Diskussion mit Heiko Teggatz, Volker Kronenberg, Andrea Römmele, Jörg Hopfe und Udo Di Fabio, moderiert von Anke Plättner (von links).

Die Beamtentreue zur Verfassung ist Voraussetzung, um in das Amt berufen zu werden. Mit der Treue zum Dienstherrn geht auch die Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung einher“, erklärte Di Fabio in seinem Impuls. Es falle jedoch sehr schwer, einem AfD- oder BSW-Anhänger nachzuweisen, dass er seine Treuepflicht verletzt. Allerdings: „Eine Partei, die eine deutliche Nähe zu Wladimir Putin aufweist, findet sein politisches System – eine Autokratie – vielleicht auch wünschenswert. Bei jemandem, der das unterstützt, ist die Verfassungstreue fraglich.“

In den starken Demokratien des Westens sei ein Strukturwandel der demokratischen Landschaft sichtbar. Di Fabio bezeichnete dieses Phänomen als „Verfeindlichung der politischen Lager“. Auch in Deutschland habe sich das Parteienspektrum verändert: „Es bekommt radikalere Ränder, insbesondere im rechtspopulistischen Bereich.“ Das Selbstbewusstsein der demokratischen Mitte schwächele. „Das Ansehen der Demokratie leidet. Und dieses Ansehen hängt mit der Handlungsfähigkeit des Staates zusammen.“ Es bedürfe Beschäftigter, die engagiert die Gesetze des Staates vollstrecken. Di Fabio lobte die Änderung des Grundgesetzes zu mehr Schutz für das Bundesverfassungsgericht:

„Damit wird dem Blockadepotenzial der radikalen Parteien ein Riegel vorgeschoben.“ Doch das sei in verschachtelten Systemen wie in Deutschland nicht einfach, Stichwort „Gesetzesflut“: „Wenn die Komplexität so hoch wie der Handlungsweg unklar ist, dann ist das ein Problem.“ Der Staat müsse transparenter und kommunikativer sein, sonst entstehe Unruhe. „Wir brauchen den Rechtsstaat, damit Demokratie funktioniert. Umgekehrt kann es keinen Rechtsstaat ohne Demokratie geben. Das ist eine Gelingensvoraussetzung.“ Die Stabilität der Demokratie hänge an der Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger und der Wirkungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. „Wir hatten eine Schönwetterphase, jetzt brauchen wir Antworten auf das aktuell schlechte Wetter.“ Die nächste Bundesregierung müsse deshalb einen Sanierungsplan für Deutschland vorlegen. Dazu gehöre auch, dass der Rechtsstaat Probleme beim Vollzug besser angehen könne: „Der Vollzug des Gesetzes trägt elementar zum Gerechtigkeitsempfinden bei.“

In der anschließenden Diskussion ging es um den Schutz der Demokratie durch eine wehrhafte Verwaltung „in der Schlechtwetterphase“, wie es Anke Plättner in ihrer Moderation ausdrückte.

Für den stellvertretenden dbb Bundesvorsitzende **Heiko Teggatz** beobachten „die Bürger sehr genau, wie der Staat mit Phänomenen umgeht. Warum wird zum Beispiel Falschparken brettthart verfolgt, schwere Straftaten aber nicht? Dann zweifeln Menschen am Rechtsstaat.“ Das Remonstrationsrecht ermögliche es Beamtinnen und Beamten, sich Verfassungsfeinden im Staatsapparat zu widersetzen, unterstrich der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft. Dafür müsse allerdings klar sein, was verfassungskonform ist und was nicht: „Bei der Rechtsanwendung besteht jedoch große Unsicherheit. Bei vielen Kolleginnen und Kollegen führt das in der Praxis zu Irritationen.“ Teggatz betonte: „Verfassungsfeinde haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.“ Kritik übte er an der Reform des Disziplinarrechts beim Bund. Wer aufgrund von Verfehlungen ausscheide, könne sich im Anschluss wieder einklagen. „Faktisch sind die Verfahren jetzt um die Dauer der Widerrufsfrist verlängert worden.“



Heiko Teggatz

**Jörg Hopfe**, Direktor beim Thüringer Landtag, berichtete von seinen Erfahrungen bei der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags am 26. September 2024, bei der Alterspräsident Jürgen Treutler (AfD) sich über die Regeln der Geschäftsordnung hinweggesetzt hatte. „Ein Schauspiel, bei dem mir die Worte fehlen.“ In seiner Funktion berät der Jurist die Parlamentarier in Fragen der parlamentarischen Geschäftsordnung. Das Vorgehen des Abgeordneten in der Sitzung sei nicht der erste Versuch der AfD gewesen, die parlamentarische Demokratie vorzuführen, und erinnerte an die Wahl Thomas Kemmerichs. Hopfes dennoch positives Fazit dieses Tages im Landtag: „Die Vorfälle haben die demokratischen Parteien im Thüringer Landtag geeint. Ihnen ist es gelungen, jenen Kräften kein Podium zu bieten, die die Demokratie beseitigen wollen. Die Demokratie ist anfällig ihren Feinden gegenüber.“ Hopfe sieht eine neue Dimension bei Akteuren gegeben, die nicht bereit sind, sich an die demokratischen Regularien zu halten. „Wir als Beamte haben eine entscheidende Rolle im demokratischen Prozess, wir sind auf die Verfassung vereidigt.“ Auch Parlamente können aus Hopfes Sicht einen Beitrag zur politischen Bildung an Schulen leisten. Etwa durch Parlamentsbesuche, aber auch – „das ist ein Appell an uns alle – Politiker wie Beamte: Wir müssen ein gutes Beispiel geben.“

**Dr. Andrea Römmele**, Dekanin Executive Education und Professorin für Kommunikation in Politik in der Zivilgesellschaft an der Hertie School of Governance Berlin, skizzierte Möglichkeiten, die Demokratie durch eine Stärkung der Verwaltung resilient zu machen: „Bürgerinnen und Bürger vertrauen auf die Verwaltung,



Udo Di Fabio

weil sie dort Rechtsstaatlichkeit vor Ort erfahren. Um effizienter zu werden, muss sich die Verwaltung verschlanken, sie muss digitaler und schneller werden.“ Dafür dürfe und müsse sie nicht wie in den USA, wo die Spitze der Verwaltung unter der anstehenden Präsidentschaft von Donald Trump komplett ausgetauscht wird, ihr rechtsstaatliches Verständnis aufgeben. Wenn Politik keine positive Geschichte über die Zukunft mehr erzählen könne, habe sie keine Zukunft mehr. Bezüglich der für eine wehrhafte Demokratie unerlässlichen politischen Bildung forderte Römmele einen stärkeren Fokus auf Demokratiebildung in den Schulen. „Dass wir aktuell auffällig viele junge AfD-Wähler sehen, liegt auch daran, dass heutige Schülerinnen und Schüler bislang keine Berührung mit anderen politischen Systemen hatten. Liefert der demokratische Rechtsstaat ihrer Meinung nach nur unzureichend, werden Ventile gesucht.“

Ist die Demokratie den aktuellen Herausforderungen gewachsen? „Grundsätzlich schon“, sagte **Dr. Volker Kronenberg**, Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Was das Rechtliche betrifft, sei die Bundesrepublik mit dem Grundgesetz gut gewappnet. Mit dem Parteienverbot biete es „ein scharfes Schwert“ gegen Extremismus. Der Politologe unterstrich, dass ebenfalls Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensweisen eine Rolle spielen. „Und da ist in der Tat einiges ins Rutschen geraten. Wir alle müssen etwas gegen die Vertrauenskrise tun“, die viele Ebenen berühre. Kronenberg sah die Politik in der Pflicht, gemachte Versprechen auch einzuhalten. Und mit Blick auf sozialen Medien gilt für ihn: Der Staat muss in die Medienkompetenz von Heranwachsenden investieren, damit sie lernen, Informationen richtig einzuordnen.

**Udo Di Fabio** griff seine Wettermetapher nochmals auf: „Wir brauchen eine andere Politik und eine andere Mentalität. Wir sollten uns nicht in eine Untergangsmetaphorik hineinsteigern. Im Sonnenschein können wir uns Regen nicht vorstellen, aber im Regen können wir uns kein Dach über dem Kopf bauen.“ Deutschland komme jetzt in eine robuste Phase, in der die Institutionen auf ihre Belastbarkeit geprüft werden. „In der Schönwetterphase war die Einstellung, dass in einer globalisierten Welt auch die Grenzen offen sein sollen. Aber die Politik hat damals nicht deutlich gemacht, dass sie Migration steuern will.“

*ada, br, cdi, dsc, ef*



NRW-Ministerpräsident Wüst

## „Müssen unsere Freiheit verteidigen“

Das richtige Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit sei immer eine Frage der Abwägung, sagte der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, am 6. Januar 2025 auf der dbb Jahrestagung in Köln. Aktuell stimme das Verhältnis jedoch nicht.

Die Anschläge in Solingen und Magdeburg verunsichern die Menschen. Sie wirken sich direkt auf ihr Sicherheitsgefühl aus. „Die Politik muss hingucken, reagieren und Antworten geben“, unterstrich NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst in seiner Rede. „Sie muss das Sicherheitsgefühl wieder herstellen. Das ist eine zentrale Aufgabe für das Jahr 2025.“ Diese Aufgabe beziehe sich auf die äußere und innere Sicherheit, unterstrich der Ministerpräsident. Außenpolitisch müsse Deutschland Verantwortung übernehmen und die Interessen in Europa zusammenführen. „Und innenpolitisch müssen wir das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit neu abwägen, damit die Sicherheitsbehörden agieren können. Das erfordert die veränderte Sicherheitslage. Sonst verlieren wir unsere Freiheit.“

Konkret kritisierte Wüst, dass etwa die Debatte um die Vorratsdatenspeicherung nicht mehr so geführt werden dürfe, als hätte



Hendrik Wüst

© Marco Urban

sich die Welt nicht verändert. Datenschutz und Privatsphäre seien hohe Güter – dennoch sei es unterm Strich „Staatsversagen“, wenn der Staat technische und rechtliche Möglichkeiten in der aktuellen Situation nicht ausschöpft. Aber es sei nicht bloß die Sicherheitslage, die das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates schmälert, so Wüst und nannte als Beispiel: „Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern oft zu lange. Das ist nicht nur bei strittigen Projekten der Fall, sondern auch bei unstrittigen. Selbst wenn sich alle einig sind, dauert es einfach zu lange!“ Grundsätzlich sei es gut und richtig, die Dinge gründlich zu machen. Doch jeder Heimwerker wisse, dass nach „fest“ „ab“ kommt – „die Art und Weise, wie wir Deutschland verwalten, muss auf den Prüfstand. Wir müssen darüber reden, wie wir diesen Staat organisieren. Dabei müssen wir nicht bloß über Ausgaben sprechen, sondern in Zeiten knapper Kassen auch Aufgabenkritik üben.“

cdi

## Zukunftsforschung

# Von der Wissens- zur Datengesellschaft

Zukunftsforscher Sven Gábor Jánuszky nahm die Teilnehmenden der dbb Jahrestagung am 7. Januar 2025 in Köln mit auf eine Zeitreise in die Arbeitswelt des Jahres 2035 und skizzierte künftige Entwicklungen und Trends.

Jánuszky beleuchtete, wie technologische Innovationen und gesellschaftliche Veränderungen die Arbeitswelt transformieren werden. Er leitet 2b AHEAD, das größte Zukunftsforschungsinstitut Europas, und beschäftigt sich in seinem Unternehmen mit der Frage, wie ein planbares Zukunftsbild aussieht. Seine Methodik befasst sich vorwiegend mit Wahrscheinlichkeiten für zukünftige Entwicklungen. „Das Hauptproblem ist, dass uns unser Bauchgefühl kein sinnvolles Zukunftsbild liefert“, erklärte Jánuszky. Im „Reality-Gap“, der Lücke zwischen der ungünstigsten und der optimistischsten Annahme über die Zukunft, konzentriert sich der Trendforscher auf die optimistischen Annahmen. Er untersucht etwa Investments von Konzernen, insbesondere des Silicon Valley, in Medizintechnologien und den wahrscheinlichsten Zeitpunkt des Eintritts in den Massenmarkt.



Sven Gábor Jánuszky

© Marco Urban

In den kommenden fünf Jahren werde es in Deutschland etwa sechs Millionen nicht besetzte Stellen geben. Eine positive Folge sei der Verlust der Angst vor dem Arbeitsplatzwechsel und eine höhere Mobilität der Arbeitskräfte. Weiter werde sich die Wissensgesellschaft hin zu einer Datengesellschaft wandeln.

Auch das verändere die Erwartungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Jánuszky: „Traditionell haben Gewerkschaften in Deutschland die Macht, ein Zukunftsbild in die Gesellschaft zu bringen. Bedingung ist, dass Sie Zukunft lieben. Aber wenn Sie sie nicht lieben, kommt sie trotzdem.“

ada

## VBB Zivile und militärische Aufgaben besser trennen

Auf dem Bundesvertretertag des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) wurde Imke von Bornstaedt-Küpper am 26. November 2024 als Bundesvorsitzende wiedergewählt. Zu Seite stehen ihr Klaus-Peter Schäfer, Antje Ott und Ceyhan Dursum als stellvertretende Bundesvorsitzende sowie Siegfried Dobry (Bundesschatzmeister), Marion Gerber (Bundesschriftführerin), Stefan Tittes-Deblon (VBB-Listenfürer Beamtengruppe HPR) und Alexander Heß (Sprecher Fachbeirat Tarifpolitik). Kooptierte Mitglieder der VBB-Bundesleitung sind Markus Sonntag und Christian Essig. In ihrer Rede anlässlich des Festaktes forderte von Bornstaedt-Küpper eine Fokussierung der Streitkräfte auf ihre militärischen Kernaufgaben. Überbesetzungen in Stäben und Ämtern, insbesondere durch Offiziere, verhinderten eine effiziente Truppenstärke und einsatzbereite Strukturen. von Bornstaedt-Küpper verlangte eine stärkere Trennung von zivilen und militärischen Aufgaben: Verwaltungsaufgaben sollten konsequent von kompetenten zivilen Fachkräften übernommen werden. Der Einsatz von Soldaten in fachfremden zivilen Positionen sei ineffizient und verschwende Ressourcen.



Imke von Bornstaedt-Küpper,  
Bundesvorsitzende des VBB

dbb Vize Volker Geyer gratulierte im Namen der dbb Bundesleitung und bedankte sich für den starken Einsatz in den vergangenen fünf Jahren. Für die kommende Amtszeit wünschte er von Bornstaedt-Küpper und ihrem Team Erfolg, Kraft und Zuversicht in diesen herausfordernden, von Krisen geprägten Zeiten. Von der Politik forderte Geyer: „Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu einem starken und handlungsfähigen öffentlichen Dienst. Wir brauchen ein klares Ja zum Berufsbeamtentum.“ Die Beamtinnen und Beamten erwarten, dass sich dieses Bekenntnis in den Wahlprogrammen der Parteien und – wichtiger noch – später auch im Koalitionsvertrag der neu zu bildenden Bundesregierung wiederfindet. „Wir

erleben eine Zeitenwende, in der das Militärische völlig neu bewertet werden muss. Aber es ist vor allem eine zivile Aufgabe, sich dieser Neubewertung zu stellen“, erklärte der dbb Vize. Der dbb sei froh, mit dem VBB engagierte Fachkompetenz für dieses Thema in den eigenen Reihen zu haben. Geyer weiter: „Was ich dagegen oftmals vermisse, ist die Fachkompetenz in Reihen der Bundesregierung, wenn es darum geht zu klären, was unseren Staat und was unser Gemeinwesen in Zukunft tragen und zusammenhalten soll.“

## Streitgespräch

## Bürokratieabbau verlangt Aufgabenkritik

In einem Streitgespräch diskutierte dbb Vize Volker Geyer am 7. Januar 2025 auf der dbb Jahrestagung in Köln mit dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christian Dürr, über die Zukunft der öffentlichen Verwaltung.



Christian Dürr

© Marco Urban (3)



Volker Geyer

Gesellschaft nicht hinreichend auf Zukunftsentwicklungen und Disruption eingestellt werde. Das führe zu Vertrauensverlust, und „wenn der Gesellschaft die Zukunftszuversicht verloren geht, profitieren die politischen Ränder“.

Der Fraktionschef plädierte für echten Bürokratieabbau abseits von Sonntagsreden, um neue Innovationskraft zu schaffen: „Unser Land wächst nicht mehr, weil wir die Rahmenbedingungen so eng gesteckt haben, dass Zukunft und Wachstum nicht mehr möglich sind.“ Im öffentlichen Planungsrecht habe es etwa Änderungen gegeben, die zu beschleunigten Bauverfahren führen. „Der Beweis ist angetreten, dass es geht, aber was wir beim Bürokratieabbau bisher geschafft haben, ist mir zu wenig.“ Dürr forderte mehr Mut, der Überregulierung entgegenzutreten, damit auch diejenigen im öffentlichen Dienst, die Vorschriften umsetzen müssen, entlastet werden. „Es gibt keine Vollkaskomentalität für die Zukunft, das gilt besonders für ein überbordendes Sicherheitsversprechen in allen Lebensbereichen.“ Unabdingbar seien Aufgabenkritik und Prioritätensetzung im Verwaltungshandeln. Für den öffentlichen Dienst wünschte sich Dürr besonders im Beamtenbereich bessere Aufstiegschancen, um den Beamtenstatus wieder attraktiver für junge Menschen zu gestalten.

br, ef

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der steigenden Aufgabenlast in der öffentlichen Verwaltung forderte Geyer ein klares Bekenntnis der Politik zu Bürokratieabbau mit korrespondierender Aufgabenkritik: „Wer Bürokratie abbauen will, muss auch eine ehrliche Aufgabenkritik machen. Der muss den Bürgerinnen und Bürgern klar sagen, was geht – und was nicht.“ Das von Dürr ins Feld geführte Beispiel einer angeblich zu üppig mit Personal ausgestatteten Bundesverwaltung wies Geyer zurück. „Die Bundestagsverwaltung ist ein kleiner Bereich, die ist bestimmt nicht unser Problem in Deutschland. Den nach vorn zu stellen beim Abbau von Personal, ist doch absurd.“ Ebenso sei es nicht zielführend, in den Bundesinnenministerien einen pauschalen Stellenabbau von zehn Prozent anzustreben. Auch dort gelte: „Am Anfang muss eine Aufgabenkritik stehen. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung – und damit auch von der FDP, wenn sie dabei ist – zum Beispiel für die Beamtinnen und Beamten des Bundes endlich eine verfassungskonforme Besoldung sowie die Rückführung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 39 Stunden.“ Weiter gelte es, bereits beim Beschluss von Gesetzen die Umsetzung zu berücksichtigen und gegebenenfalls sogar die dafür notwendige Technologie bereitzustellen. Weiterhin stehen für Geyer Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge ganz oben auf der Prioritätenliste.

Dürr warnte davor, in einer alternden Gesellschaft nur noch über Verteilung zu sprechen, statt neues Wachstum zu schaffen. „Für Wachstum braucht es Rahmenbedingungen, und diese stellt ein starker Staat sicher, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert.“ Die Rezession in ehemals erfolgreichen Branchen wie der Automobilindustrie spiegele als Grundproblem, wie eine



Zukunft gestalten

# Eine klare Vision vorlegen und Vertrauen schaffen

Gute Schulden, schlechte Schulden? DIW-Präsident Marcel Fratzscher sprach mit Experten aus Kommunalpolitik und Wirtschaft über die deutsche Haushaltspolitik. In der Diskussionsrunde zum Thema loteten Experten am 7. Januar 2025 in Köln die Grenzen der Finanzpolitik aus.

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist bei Weitem nicht so schlecht wie die Stimmung“, sagte Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), in seinem Impulsvortrag. Die Situation sei nicht mit der von vor 20 Jahren vergleichbar. „Was aktuell fehlt, ist Vertrauen. Unternehmen investieren nicht, Menschen konsumieren nicht. Die Politik muss eine klare Vision vorlegen und Vertrauen schaffen.“ Ganz entscheidend sei, dass die nächste Bundesregierung es schafft, Investitionen zu mobilisieren. „Der Staat lebt von der Substanz, die Nettoinvestitionen sind negativ. Und das ist ein Problem“, unterstrich Fratzscher, der sich selbst zu den Kritikern der Schuldenbremse zählt. Ihm ist jedoch wichtig, dass die Politik eine Brücke zwischen den Befürwortern und Kritikern baut. Sein Vorschlag: die Einführung einer sogenannten generationengerechten Schuldenbremse. „Erstens müssen Investitionen in Krisenzeiten flexibler möglich sein, der Staat muss kontrazyklisch agieren können“, sagte der DIW-Präsident. Erforderlich sei eine nominale Ausgabenregel. Heißt: Die Staats-

schulden sollen sich nicht in Richtung Null orientieren, sondern sie sollen idealerweise nicht stärker wachsen als das nominale Potenzialwachstum der Wirtschaft.



Die Fernsehjournalistin Anke Plättner führte das Publikum durch die 66. Jahrestagung des dbb.

Zweitens dürfe sich der Staat nicht bloß an der Verschuldung orientieren, sondern auch an den öffentlichen Vermögenswerten. „Aktuell verfallen die öffentlichen Vermögenswerte. Deshalb muss der Staat Transparenz herstellen und mindestens das investieren, was an Werteverfall da ist“, sagte Fratzscher. Drittens sei es von zentraler Bedeutung, Generationengerechtigkeit zu gewährleisten: „Wir schauen nur auf die explizite Staatsverschuldung, dabei ist die implizite Staatsverschuldung das Problem. Sie ergeben sich aus den Verpflichtungen für die Zukunft, die der Staat eingeht.“

„Der Investitionsstau in der Infrastruktur trifft in allererster Linie die Kommunen“, betonte **Andreas Hemsing**, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, in der anschließenden Diskussion. „Es ist unabdingbar, in Infrastruktur zu investieren. Altschulden sind



Andreas Hemsing

dabei ein Problem, ebenso wie die grundsätzliche Finanzierung der Kommunen durch Länder und Bund.“ Die Wirtschaft werde nur wachsen, wenn die Infrastruktur funktioniert. „Wir haben kein grundsätzliches Problem mit der Schuldenbremse beim dbb. Aber wir müssen so oder so modernisieren, müssen so oder so investieren.“ Hemsing warnte davor, Personal der Verwaltung nur als Kostenfaktor zu sehen. „Gutes Personal zu holen, ist eine Investition in die Zukunft.“



Prof. Marcel Fratzscher

**Marcel Fratzscher** unterstrich in der Diskussion, dass es seiner Meinung nach auch gute Schulden gebe: „Wenn Sie zu lange an Bildung und Infrastruktur sparen, dann führt das langfristig zu weniger Wachstum und weniger Steuereinnahmen.“ Was er von der nächsten Bundesregierung erwarte? „Ich wünsche mir, dass sie nicht bloß an den Symptomen herumdoktert, sondern einen großen Wurf für Reformen wagt.“



Thorsten Rudolph

**Thorsten Rudolph** (SPD), Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, stritt für eine bessere Finanzierung der Kommunen, um die zwischen Finanzausstattung und Aufgaben klaffende Investitionslücke zu schließen. „Wir müssen jedes Jahr zusätzlich mindestens 50 Milliarden in die Kommunen investieren.“ Diese Aufgabe könne nur bewältigt werden, wenn die Schuldenbremse um eine Investitionsklausel erweitert werde. Ferner dürften Bürokratieabbau und Aufgabenkritik keine Nebelkerzen zur Verschleierung der Aufgaben sein, die der Staat zu erfüllen und zu finanzieren hat.



Christian Haase

**Christian Haase**, haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, bekannte sich klar zur Schuldenbremse. „Wir müssen nun die Aufgabenkritik in den Blick nehmen. Wir müssen den Mut haben, über staatliche Standards zu sprechen. Was können wir uns überhaupt leisten?“ So sei beispielsweise der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nicht ausfinanziert gewesen. Es müsse auch um die zurückzuzahlenden Schulden gehen. Das werde eine Kernaufgabe der kommenden Regierung sein.



Marcus Optendrenk

„Bei der Schuldenbremse bin ich kein Dogmatiker“, stellte **Marcus Optendrenk**, MdL, Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen, klar. Die Schuldenbremse sei ein Beispiel, an der man ein Problem orientieren könne, „aber in Deutschland machen wir eine Dogmatik daraus. Und das ist falsch.“ Als Beispiele für fehlgeleitete Dogmatik nannte er die frühkindliche Bildung und die Mobilitätswende. „Es gibt gute Ausgaben, das ist unbestritten. Aber die Frage, ob es Schulden sein müssen, ist damit nicht beantwortet.“ Die deutsche Politik habe sich nicht darauf eingestellt, zu priorisieren.

ada, br, cdi, dsc, ef



## Videokampagne

## Wir mischen uns ein

Der Ausgang der kommenden Bundestagswahl kann entscheidend für die Zukunft des öffentlichen Dienstes sein. Ob Arbeitsbelastung, Bezahlung, Digitalisierung oder Ressourcen – in allen Bereichen besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Wahl bietet die Chance, Weichen für positive Veränderungen zu stellen, birgt jedoch auch das Risiko von Rückschritten. „Der dbb mischt sich in den Wahlkampf ein, vertritt seine Positionen und nutzt soziale Medien. Sein zentrales Anliegen ist eine klare Wahlempfehlung: Ihre Stimme zählt, gehen Sie wählen!“, sagt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach.

In einer Reihe kurzer Videos legen die Mitglieder der dbb Bundesleitung ihre Erwartungen an die kommende Bundesregierung dar und heben die Bedeutung der Bundestagswahl für die Zukunft des öffentlichen Dienstes hervor. Denn die Politik der kommenden Bundesregierung wird wichtige Weichen für die Entwicklung des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten stellen. Die Videos



werden vor der Wahl über die Social-Media-Kanäle des dbb – darunter Facebook, Instagram, Bluesky und LinkedIn – sowie auf der dbb Website veröffentlicht. Auf die Kanäle gelangen Sie über [linktr.ee/dbb.online](http://linktr.ee/dbb.online) oder den QR-Code auf dieser Seite. Leserinnen und Leser sind eingeladen, die Videos zu teilen. ■



## Bundestagswahl

## Regierung muss öffentlichen Dienst stärken

Im Vorfeld der Bundestagswahl sprach dbb Vize Volker Geyer mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, um Kernforderungen des dbb zur Wahl vorzustellen.

In den Gesprächen am 19. Dezember 2024 in Berlin unterstrich Geyer den Stellenwert des öffentlichen Dienstes: „Er ist Garant für rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse in Deutschland. Er ist Dienstleister und Multiplikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir fordern daher von der Politik ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Dienst.“ Das beinhaltet auch ein Bekenntnis zum Berufsbeamtentum sowie zu einem verlässlichen, leistungsfähigen und modernen Staat. „Damit gehen eine attraktive Ausgestaltung und Fortentwicklung der verfassungsrechtlich gebotenen Alimentation einher“, machte Geyer deutlich. Das gelte auch für Besoldung, Versorgung und Beihilfe.

Geyer kritisierte die Ampelkoalition, die bislang nichts dazu beigetragen habe, die zeitnahe Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Gewährung einer jeweils amtsangemessenen Alimentation voranzubringen. Auch der zuletzt vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Besoldungsangemessenheit versuche faktisch nur, die unterste Grenze der Sicherstellung einer verfassungskonformen Alimentation von Beamtinnen und Beamten zu erreichen. „Das geplante Gesetz missachtet in vielen Aspekten den Leistungsgrundsatz und den Grundsatz einer funktionsgerechten Besoldung. Zudem

ist es höchst verwaltungsaufwendig, unstimmig und intransparent“, erklärte Geyer.

Der dbb Vize forderte ein Umdenken bei der Arbeitszeit: „Die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten muss mit sofortiger Wirkung von 41 auf 39 Wochenstunden zurückgeführt werden.“ Die Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Stunden war vor 18 Jahren ursprünglich als temporäre Maßnahme beschlossen worden. „Wir sehen hier seither keine Bewegung“, kritisierte Geyer. Ebenso müssten flexible Arbeitszeitmodelle und mobiles Arbeiten, wie sie in der freien Wirtschaft weitverbreitet seien, auch im öffentlichen Dienst stärker Fuß fassen. „Das erleichtert die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege. Zudem steigern solche Modelle die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber, gerade für junge Menschen.“

Der Austausch fand mit Petra Nicolaisen MdB, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingo Schäfer MdB (SPD), ordentliches Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat, sowie Marcel Emmerich MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Obmann im Ausschuss für Inneres und Heimat, statt. ■



## Arbeitszeitkonten

# Föderalismus engt die Spielräume ein

Flexible Arbeitszeitgestaltung und Zeitsouveränität sind auch im Beamtenbereich wichtige Attraktivitäts- und Motivationsfaktoren, denn je nach Lebensphase gibt es unterschiedliche Bedürfnisse bei der Gestaltung von Arbeits- und Privatleben. Langzeitkonten für Beamtinnen und Beamte können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Einen flächendeckenden Rechtsanspruch darauf gibt es aufgrund der föderalen Struktur des Beamtenrechts bislang aber nicht.



© Unsplash.com/Getty Images

**D**ie in fast allen Bereichen des Beamtenrechts etablierten kurzfristigen Gestaltungsmöglichkeiten, wie etwa Gleitzeitregelungen, bieten nur begrenzte Unterstützung. Nach Auffassung des dbb ist ein langfristig ausgerichtetes und attraktives Modell zur Flexibilisierung der Arbeits- und Dienstzeit erforderlich – zum Beispiel in Form von Langzeitarbeits- oder Lebensarbeitszeitkonten. Da die Arbeitszeitregelungen für Beamtinnen und Beamte von Bund und Ländern jeweils eigenständig festgelegt werden, gibt es keine bundesweit einheitlichen Vorgaben. Lediglich einige Dienstherren stellen in bestimmten Bereichen spezifische Instrumente zur Verfügung, um die Arbeitszeit langfristig an die individuellen Lebensumstände anzupassen.

## Ausgewählte Eckpunkte zu Langzeit- und Lebensarbeitszeitkonten

Beim **Bund** ist das Langzeitkonto in §§ 7a bis 7c der Arbeitszeitverordnung geregelt. Es wird dort als personenbezogenes Arbeitszeitkonto definiert, auf dem durch erhöhten Arbeitsanfall bedingte Zeitguthaben für Freistellungszeiten angespart werden können.

Die generelle Entscheidung, ob Langzeitkonten im jeweiligen Geschäftsbereich geführt werden, wird von den obersten Dienstbehörden getroffen. Ist dies der Fall, kann den Beamtinnen und Beamten die Führung eines Langzeitkontos gestattet werden. Voraussetzung ist, dass für die Erfüllung der dienstlichen Aufgaben ein tatsächlicher Bedarf an einer verlängerten wöchentlichen Arbeitszeit gegeben ist. Insgesamt kann dem Langzeitkonto ein Zeitguthaben bis zu einer Höhe von 1 400 Stunden gutgeschrieben werden. Es setzt sich zusammen aus festgelegten Stunden einer freiwilligen Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit sowie aus bestimmten Ansprüchen auf Dienstbefreiung für dienstlich angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit. Die Entnahme des angesparten Zeitguthabens erfolgt durch Freistellung für einen zusammenhängenden Zeitraum von grundsätzlich höchstens drei Monaten oder durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

**Brandenburg:** Die Einrichtung eines langfristigen Arbeitszeitkontos für Beamtinnen und Beamte nach § 12 Abs. 4 der Arbeitszeitverordnung ist grundsätzlich zulässig.

**Bremen:** In Bereichen mit personellen Mehrbedarfen kann nach § 12 der Bremischen Arbeitszeitverordnung mit einzelnen Beamtinnen und Beamten auf deren Antrag vereinbart werden, dass bis längstens zum 31. Dezember 2026 über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeit und Ansprüche auf Dienstbefreiung für angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit in gewissem Umfang auf ein gesondertes Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben werden. Insgesamt kann dem Lebensarbeitszeitkonto ein Zeitguthaben von bis zu 1 200 Stunden gutgeschrieben werden. Der Zeitausgleich soll unmittelbar vor dem Ruhestand erfolgen.

**Hessen:** Die regelmäßige durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt für Landesbeamtinnen und -beamte bis zum 60. Lebensjahr 41 Stunden. Hier wird automatisch eine Arbeitsstunde pro Woche auf einem Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben. Ab Beginn des 61. Lebensjahres und für Beamte mit Schwerbehinderung beträgt die regelmäßige Wochenarbeitszeit 40 Stunden. Hier wird auf Antrag eine Stunde pro Woche auf einem Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben, wenn die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde erhöht wird (§§ 1, 1a der Hessischen Arbeitszeitverordnung). Für angesparte Stunden erfolgt regelmäßig eine Freistellung vom Dienst unter Weitergewährung der Besoldung unmittelbar vor dem Ruhestand.

**Niedersachsen:** Mit Einwilligung der Beamtin oder des Beamten kann im dienstlichen Interesse zur Abdeckung eines länger andauernden, aber vorübergehenden Personalmehrbedarfs eine langfristige ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit festgelegt werden. Bei Vorliegen der Voraussetzungen können auf freiwilliger Basis Arbeitszeitkonten geführt und die individuelle Arbeitszeit auf bis zu 45 Stunden wöchentlich im Durchschnitt eines Jahres verlängert werden. Der Zeitraum der Arbeitszeitverlängerung soll zehn Jahre nicht überschreiten.

**Nordrhein-Westfalen:** Langzeitarbeitskonten sind in § 14a der Arbeitszeitverordnung normiert. Diese werden als personenbezogene Arbeitszeitkonten definiert. Sie dienen dem langfristigen Ansparen von Zeitguthaben (Ansparphase), die für zusammengefasste Freistellungszeiten verwendet werden können (Entnahmephase). Die Führung eines Langzeitarbeitskontos muss vom Dienstherrn gestattet worden sein. Eine Freistellung unmittelbar vor dem Ruhestand ist nur in mindestens hälftiger Teilzeit möglich. In festgelegtem Umfang können Stunden angespart werden aus erhöhter Wochenarbeitszeit, aus Ansprüchen auf Dienstbefreiung für angeordnete beziehungsweise genehmigte Mehrarbeit oder aus Erholungsurlaub über dem Mindesturlaub. Das insgesamt auf einem Langzeitarbeitskonto mögliche Guthaben beträgt 2 132 Stunden.

**Sachsen:** Die obersten Dienstbehörden können nach § 16 der Sächsischen Arbeitszeitverordnung Arbeitsbereiche für die Erprobung von Langzeitkonten bestimmen. Langzeitkonten werden definiert als personenbezogene Arbeitszeitkonten zum Ansparen von Zeitguthaben, die für zusammengefasste Freistellungszeiten verwendet werden können. Zeitguthaben können über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, längstens bis zum 31. März 2026, angespart werden. Dem Beamten kann ein Langzeitkonto bewilligt werden, soweit er einem genannten Arbeitsbereich angehört und keine dienstlichen Gründe entgegenstehen. Dem Langzeitkonto können in gewissem Umfang über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitszeit und gegebenenfalls auch eine festgelegte Anzahl dienstlich angeordneter oder genehmigter Mehrarbeitsstunden gutgeschrieben werden.

**Thüringen:** Die oberste Dienstbehörde kann die Erprobung von Langzeitkonten nach § 15 der Thüringer Arbeitszeitverordnung zulassen, wenn dies für die Erfüllung der dienstlichen Aufgaben angemessen und zweckmäßig ist. Die Zulassung ist auf längstens fünf Jahre zu befristen und bedarf der Zustimmung des für das Beamtenrecht zuständigen Ministeriums. Beamten, denen die Führung eines Langzeitkontos gestattet worden ist, wird die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf Antrag um bis zu zwei Stunden verlängert. Das angesparte Zeitguthaben darf bei vollzeitbeschäftigten Beamten 1 040 Stunden nicht überschreiten.

## Die Rechtslage in weiteren Bundesländern

Basisvorschriften zur Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle ohne konkrete Festlegungen auf Verordnungsebene gibt es in Baden-Württemberg (§ 19 der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung), Mecklenburg-Vorpommern (§ 10a der Arbeitszeitverordnung) und Schleswig-Holstein (§ 12 der Arbeitszeitverordnung). Allgemeine Regelungen zu Langzeit- beziehungsweise Lebensarbeitszeitkonten gibt es in diesen Ländern derzeit nicht.

Keine Regelungen zu Langzeit- und Lebensarbeitszeitkonten gibt es in Bayern, Berlin, Hamburg, Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Sachsen-Anhalt. Vor dem Hintergrund der großen Unterschiede der Rechtslage beim Bund und in den Ländern bekräftigt der dbb seine Forderung nach Grundeinheitlichkeit im Beamtenrecht. Die Angaben zu den jeweils geltenden Rechtsvorschriften erfolgen auszugswise und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

ka

## Krankenhausreform

# Bessere Versorgung durch Spezialisierung

dbb Chef Ulrich Silberbach hofft, dass die verabschiedete Krankenhausreform schnell nachhaltige Verbesserungen für die Versorgung bringt. Der Bundesrat hatte den Weg für die Reform am 22. November 2024 frei gemacht. Das Gesetz ist am 1. Januar 2025 in Kraft getreten.

In der aktuellen Situation ist es ein positives Signal, dass der Bundesrat darauf verzichtet hat, den Vermittlungsausschuss anzurufen“, sagte Silberbach nach dem Beschluss des Bundesrates in Berlin. Der dbb fordert seit Jahren eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung, die das Fallpauschalensystem in weiten Teilen ablöst. „Das hat sich einfach nicht bewährt und zu Fehlanreizen geführt, die auf dem Rücken von Patientinnen und Patienten sowie zulasten des Personals ging“, so der dbb Chef.

Der dbb hatte sich aktiv in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht, schriftlich Stellung genommen und in Politikergesprächen dafür geworben, bei den mit der Reform verbundenen Klinikschließungen und Fusionen sicherzustellen, die Versorgung besonders in ländlichen Regionen nicht zu gefährden. „Wir versprechen uns von der Reform eine deutliche Verbesserung der Versorgungsqualität“, betonte Silberbach. „Die Qualitätsanforderungen für die Erbringung bestimmter Leistungsgruppen werden dafür sorgen, dass komplizierte Eingriffe nur noch in spezialisierten Kliniken durchgeführt werden. Die Einführung der Finanzierung von vorgehaltenen Leistungen wird dafür sorgen, dass nicht



Model-Foto: Colourbox.de

mehr auf Teufel komm raus operiert wird, wo es gegebenenfalls gar nicht notwendig gewesen wäre.“ Es sei jetzt an der neu zu wählenden Bundesregierung, die Finanzen der Kranken- und Pflegeversicherung nachhaltig zu sichern. „Wir sind bereits intensiv in Gesprächen, um ein ausgewogenes Verhältnis von Leistungsversprechen und Kostenbelastung für Beitrags- und Steuerzahlende zu sichern“, so der dbb Chef.

